

fonction publique

numéro 287
octobre 2025

57^e année
paraît 4 fois par an

publique



Die Umsetzung des Gehälterabkommens nimmt Fahrt auf

Anfang Oktober traf die CGFP den Minister des öffentlichen Dienstes, Serge Wilmes, um eine Zwischenbilanz zum jüngsten Gehälterabkommen zu ziehen. Dabei zeigte sich: Zahlreiche Vereinbarungen – darunter die beiden Gehaltserhöhungen und die neue Überstundenregelung für die Lehrkräfte – sind bereits umgesetzt.

Andere Punkte – etwa die von der CGFP ausgehandelten Verbesserungen für Staatsangestellte sowie die Reform des Schlichtungsverfahrens – befinden sich noch im Gesetzgebungsverfahren. Fortschritte gibt es auch beim sektoriellen Sozialdialog: Der zuständige Minister hat bislang mehr als ein Dutzend CGFP-Mitgliedsorganisationen empfangen.

Mehrere Arbeitsgruppen, die etwa den Karrierewechsel im Staatsdienst oder das Rahmengesetz für die öffentlichen Einrichtungen betreffen, warten hingegen noch auf ihre Einberufung. Die CGFP unterstreicht die Bedeutung einer verlässlichen Umsetzung aller vereinbarten Punkte, um die Attraktivität des Staatsdienstes zu sichern und faire Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Nur ein starker Staatsdienst kann die steigenden gesellschaftlichen Anforderungen langfristig meistern.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 5 und 6

MIT TEAMGEIST AN DIE SPITZE DER BERUFSSKAMMER



Mit Mona Guirsch steht erstmals eine Frau an der Spitze der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP). Die neue Präsidentin legt Wert auf Teamgeist und Integrität. Sie lehnt starre Frauenquoten ab, will die Interessen aller Staatbediensteten vertreten und die Arbeit der Berufskammer noch aktiver gestalten. Neben der Pensions- und Steuerreform steht die Umsetzung des Gehälterabkommens im Fokus. Guirsch plädiert für mehr Gewicht der CHFEP-Gutachten und für eine proaktive Rolle der angesehenen Institution.

Lesen Sie das ausführliche Interview auf den Seiten 8 bis 10

NEUE VERWALTUNG ZUR VEREINFACHUNG DES ALLTAGS



Gleichbehandlung und Chancengleichheit nehmen zunehmend eine wichtige Rolle ein. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Barrierefreiheit. Seit dem Inkrafttreten des „European Accessibility Act“ müssen Dienstleistungen und digitale Produkte so gestaltet werden, dass sie von allen Bürgern genutzt werden können. Neben den privaten Unternehmen werden auch die öffentlichen Akteure in die Verantwortung genommen. Mit dem neu geschaffenen „Office de la surveillance de l’accessibilité des produits et services“ (OSAPS) erhält Luxemburg eine Behörde, die über die Einhaltung der Barrierefreiheitsstandards wacht.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 12 und 13

PERIODIQUE



Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

EDITORIAL



Zuhören statt Durchregieren

Wir leben in turbulenten Zeiten. Kriege in Europa und eine allgemein instabile geopolitische Lage stehen seit einiger Zeit auf der Tagesordnung. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sowie Israels Offensive im Gazastreifen sind nur zwei Beispiele für die vielen Konfliktherde, die zurzeit auf der Welt herrschen.

In einigen Ländern, die stets als „Vorzeigedemokratien“ angesehen wurden, unterdrücken die vom Volk gewählten politischen Mandatsträger die Meinungsfreiheit all jener, die andere Überzeugungen als ihre eigenen vertreten. Wer öffentlich Kritik übt, gilt als Störenfried. Wer Missstände anprangert, wird im besten Falle ignoriert. Darüber hinaus sehen immer mehr Beschäftigte ihre Arbeitsstelle in Gefahr und drohen somit auch ihre Existenzgrundlage zu verlieren. Dies ist gelinde gesagt einer wirklichen Demokratie, die diese Bezeichnung tragen will, keineswegs würdig.

Luxemburg galt bislang als Musterbeispiel für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens. Garant hierfür war ein gut funktionierender Sozialdialog zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitgebervertretern und der Regierung – ein Modell, das sich insbesondere in Krisenzeiten bewährt hat. Auch wenn die Sozialpartner und die politischen Entscheidungsträger nicht immer einer Meinung waren, so standen sie in den entscheidenden Momenten stets füreinander ein.

Ein gutes Beispiel dafür stellt der Beginn der Corona-Krise dar: Damals galt es, gemeinsam alle Anstrengungen zu bündeln, um den Unternehmen und deren Mit-

arbeitern schnellstmöglich finanziell unter die Arme zu greifen.

Eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft setzt aber voraus, dass man sein Gegenüber respektiert, ihn ernst nimmt, ihm zuhört, sich die nötige Zeit gibt, um Lösungen zu suchen und seine Anliegen in die daraufhin zu treffenden politischen Entscheidungen einfließen lässt.

Jedes Mal, wenn sich diese Herangehensweise in der Vergangenheit als richtig erwiesen hatte, wurden Abkommen geschlossen, die für jeden vertretbar waren. In der Regel handelte es sich dabei um Kompromisse, bei denen die verschiedenen Akteure Wasser in ihren Wein gießen mussten.

Diese Zeiten gehören jedoch offensichtlich der Vergangenheit an. Die jetzige Regierung gibt zwar vor, interessiert zuzuhören – „Schwätz mat“ lässt grüßen – letztendlich tut sie dennoch das, was sie ohnehin vorhatte.

Obwohl diese Strategie bei der erst nach den Wahlen angekündigten Rentenreform aufgrund verschiedener gewerkschaftlicher Protestveranstaltungen nicht vollends aufging, so muss jedoch eines klar gesagt werden: Der echte Sozialdialog, einst das Herzstück unserer Demokratie, ist schwer in Mitleidenschaft gezogen worden.

Auch im Gesundheitswesen türmen sich schon seit längerem die Probleme, die mit Hilfe der Sozialpartner dringend einer nachhaltigen Lösung bedürfen. Auf-

grund der aktuellen Lage in Europa steigen die Verteidigungsausgaben auf Milliardenhöhe an. Gleiches gilt auch für die anstehende Steuerreform, die laut jetzigem Stand jährlich rund 900 Millionen Euro kosten soll und bei der niemand gewiss sein kann, ob er im Endeffekt nicht doch zu den Verlierern zählt.

Wohher soll das ganze Geld zur Finanzierung all dieser kostspieligen Vorhaben stammen? Diese berechtigte Frage wurde von der Regierung noch nicht beantwortet. Vielleicht aus den künftigen Einnahmen der neuen internationalen Mindeststeuer für multinationale Konzerne? Zurzeit sind die Auswirkungen dieser Abgabe noch schwer einzuschätzen.

Echte Mitbestimmung darf jedenfalls nicht zur Ausnahme werden. Wir sollten uns alle bewusst sein, dass eine Demokratie vom Austausch unterschiedlicher Ideen und Standpunkte lebt – nicht jedoch von Einheitsmeinung und höflicher Stille.

Wer auf politischer Ebene überzeugen und Populisten keine Plattform bieten will, muss die Anliegen der Bürger ernst nehmen, dialogieren, genau zuhören und alles Erdenkliche tun, damit den meist berechtigten Begehren politische Taten folgen. Dies ist die Voraussetzung, um die notwendige Glaubwürdigkeit und das Vertrauen wiederherzustellen – ganz im Sinne einer demokratischen Gesellschaft, die gerade jetzt andernorts immer mehr infrage gestellt wird.

Romain Wolff,
CGFP-Nationalpräsident

Message de félicitations de la CGFP à son Altesse Royale le Grand-Duc Guillaume



TROUNWIESSEL

À l'occasion de l'avènement au trône, la Confédération Générale de la Fonction publique a exprimé ses plus chaleureuses félicitations à Son Altesse Royale le Grand-Duc Guillaume en lui souhaitant plein de succès dans l'accomplissement des hautes responsabilités dans l'intérêt de la patrie et de la Fonction publique. Une délégation de la CGFP a eu l'honneur de participer aux festivités organisées à l'occasion du grand final de la tournée solennelle du couple grand-ducal, le 4 octobre entre le Pont Grande-Duchesse Charlotte et le Champ du Glacis. La CGFP tient également à remercier Son Altesse Royale le Grand-Duc Henri pour ses 25 ans de règne marqués par la continuité et la sincérité. **fp**



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

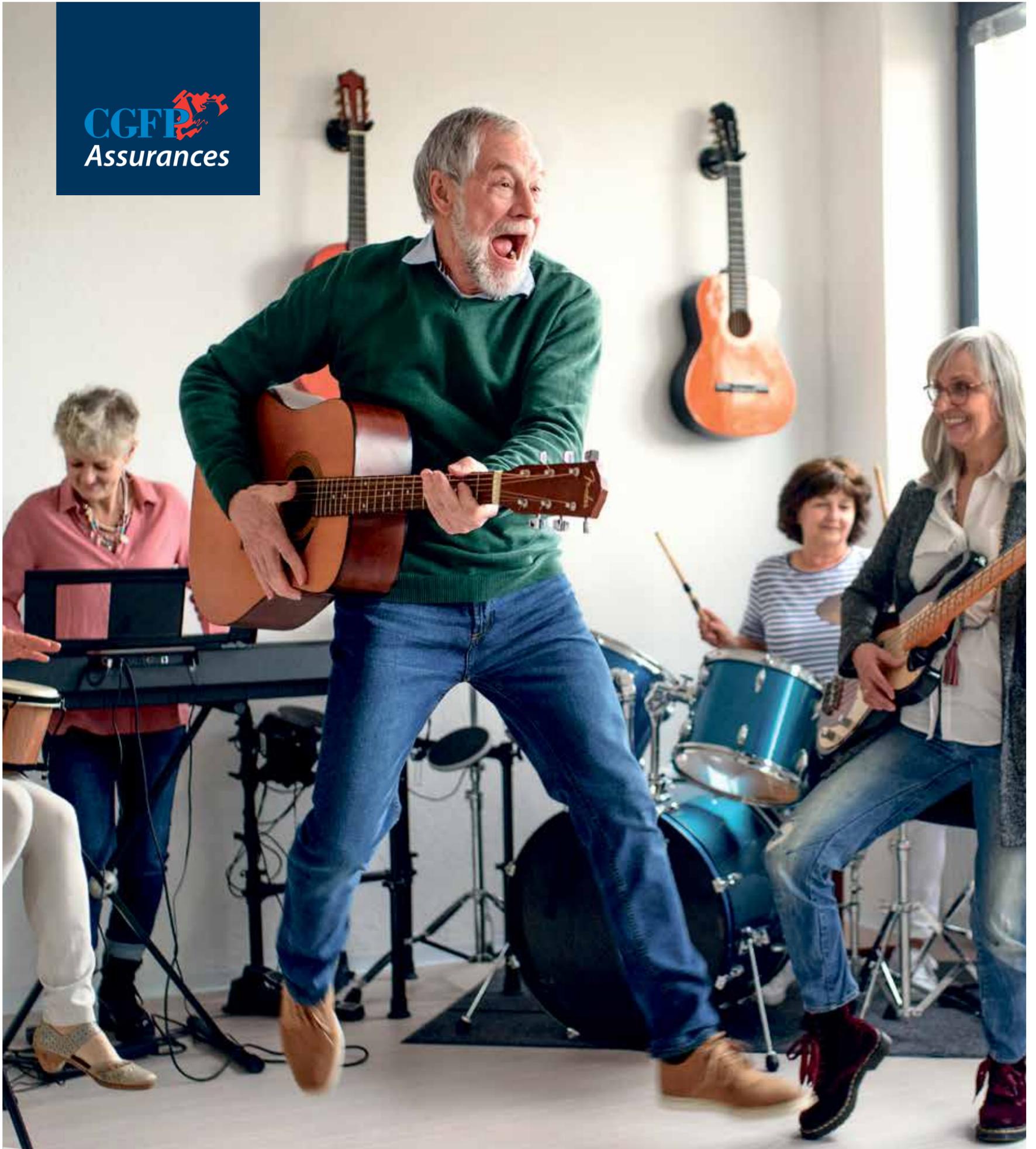
Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 20 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1
Impression: Mediahuis Luxembourg S.A.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.



CGFP
Assurances



Pension Plan
Préparez votre retraite dès aujourd'hui
tout en profitant d'importantes
déductions fiscales

Pension Plan, le contrat prévoyance vieillesse selon l'article 111bis L.I.R.* qui vous permet d'épargner un capital pour votre retraite, tout en profitant chaque année de déductions fiscales significatives.

Une assurance  **baloise**

*Loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu (L.I.R.)



CGFP Assurances S.A.
18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg
Tél. 27 04 28 01, info@cgfp-assurances.lu

cgfp-assurances.lu



Rück- und Ausblick mit dem Minister des öffentlichen Dienstes

CGFP pocht auf zügige Umsetzung des Gehälterabkommens

Anfang Oktober hatte die CGFP-Exekutive eine Unterredung mit dem Minister des öffentlichen Dienstes, Serge Wilmes. Bei diesem konstruktiven Treffen ging es darum zu prüfen, welche Vorhaben zurzeit noch in der Planung sind und welche bereits umgesetzt wurden. Besonders bei der Verwirklichung des jüngsten Gehälterabkommens wurden konkrete Fortschritte erzielt.

Das Besoldungsabkommen für die Staatsbediensteten, auf das sich die CGFP und die CSV-DP-Koalition am 29. Januar dieses Jahres geeinigt haben, umfasst 27 Bestimmungen. Auch wenn einige Punkte noch nicht in Angriff genommen wurden, hält die Regierung bislang größtenteils den festgelegten Zeitplan ein.

Zum 1. Januar kommenden Jahres wird eine weitere lineare Punktwerthöhung von 0,5 % in Kraft treten. Bereits zuvor wurden die Gehälter beim Staat mit Rückwirkung zum 1. Januar 2025 um 2 % erhöht. Ebenfalls umgesetzt wurde die Erhöhung des gestaffelten Zuschlags um weitere sieben Punkte bei den PARP-Posten mit besonderer Verantwortung („postes à responsabilité particulière“). Dieser monatliche Aufschlag macht etwa 165 Euro im Monat aus. Der entsprechende Gesetzesentwurf wurde am vergangenen 15. Mai im Parlament verabschiedet. Aufgrund all dieser Anpassungen wurden die Voraussetzungen geschaffen, damit der Staat als attraktiver Arbeitgeber weiterhin fachkundige Mitarbeiter einstellen kann.

In trockenen Tüchern ist auch die neue Überstundenregelung für die Lehrkräfte. Zuvor wurde bei der Vergütung dieser sogenannten „leçons supplémentaires“ der Berichtigungskoeffizient 36/52 angewandt. Die CGFP setzte die Abschaffung des „coefficient correcteur“ durch. Die geleisteten Überstunden werden somit zu 100 % wie normale Lehrstunden ausbezahlt. Die entsprechende großherzogliche Verordnung wurde am 24. Juli gebilligt.

Neue Perspektiven für Staatsangestellte in Sicht

Die erheblichen Verbesserungen, die die CGFP für die Staatsangestellten ausgehandelt hat, befinden sich auf dem guten Weg. Das betreffende Gesetzesprojekt wurde am 4. April dieses Jahres auf den Instanzenweg geschickt. Inzwischen liegen die jeweiligen Gutachten der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) und des Staatsrats vor.

Die Hohe Körperschaft hat keine formellen Einwände erhoben, sodass die Abstimmung im Parlament bald erfolgen dürfte. Die Staatsangestellten werden

künftig nicht erst nach 20 Dienstjahren, sondern bereits nach zwölf Jahren oder ab dem 55. Lebensjahr in das Pensionsregime der Staatsbeamten wechseln. Zudem wird den „Employés de l'Etat“ ermöglicht, das Staatsbeamtenstatut schon nach zehn Jahren zu erlangen. In beiden Fällen kommen sie in den Genuss des höheren Punktwerts.

Infolge der angespannten Lage am Wohnungsmarkt, die immer mehr Menschen zu schaffen macht, setzte die CGFP bei den letzten Gehälterverhandlungen durch, dass der Höchstbetrag des staatlichen Zinszuschusses bei einem Immobilienkredit von 150.000 auf 400.000 Euro zum 1. Januar 2026 erhöht wird. Der entsprechende Gesetzesentwurf wurde am 10. April von der Regierung eingereicht. Im Gegensatz zur Berufskammer der öffentlich Bediensteten hatte der Staatsrat bei Redaktionsschluss noch nicht Stellung dazu bezogen.

Die im Besoldungsabkommen mit der CGFP vereinbarten Verhandlungen auf sektorieller Ebene sind voll im Gange. Der Minister des öffentlichen Dienstes hat bereits ein Dutzend CGFP-Mitgliedsorganisationen (Stand Anfang Oktober) empfangen, um sich deren Anliegen anzuhören. Der sektorielle Sozialdialog wird in den kommenden Wochen fortgesetzt.

Ein weiterer Bestandteil des jüngsten Gehälterabkommens ist das Recht auf unbezahlten Urlaub aus beruflichen Gründen. Der diesbezügliche Gesetzesentwurf wurde im Mai vom Ministerrat abgesegnet. Mittlerweile hat auch die Berufskammer der öffentlich Bediensteten dazu Stellung bezogen. Nur das Gutachten des Staatsrats steht noch aus. Der sogenannte „congé sans traitement pour raisons professionnelles“ stellt sicher, dass jene Staatsbediensteten, die innerhalb des öffentlichen Dienstes ihre Laufbahn ändern möchten, nicht dem Risiko ausgesetzt sind, ihre ursprüngliche Stelle zu verlieren. Zudem bleibt jenen Staatsbeamten, die von der B1- in die A2- und schließlich in die A1-Laufbahn wechseln, der zweite Lehrgang erspart.

Des Weiteren hat die Regierung am 4. Juli einen Gesetzesentwurf zum verstärkten Schutz vor Angriffen auf die gewerkschaftliche Freiheit eingereicht. Der Text, mit dem eine langjährige CGFP-Forderung erfüllt wird, wurde Mitte Oktober von der CHFEP begutachtet. Die aktuelle Gesetzgebung bezüglich des Schlichtungsverfahrens und der Mediation, die seit beinahe fünf Jahrzehnten besteht, wird einer Reform unterzogen. In Zukunft dürfen Staatsbedienstete, die nicht dazu befugt sind, die Arbeit niederzulegen, nach gescheiterten Verhandlungen die Schlichtung und gegebenenfalls die Mediation beantragen.

Ferner haben sich die CGFP und die Regierung darauf geeinigt, die Rolle und die Missionen der Examenbeobachter im öffentlichen Dienst gesetzlich zu verankern. Das dafür vorgesehene Finanzvolumen wird von 37.185 Euro zwecks Inflationsbereinigung auf 65.000 Euro angehoben. Das zuständige Ministerium arbeitet zurzeit in Abstimmung mit der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) einen Gesetzesentwurf aus, der für alle Staatsverwaltungen und öffentlichen Einrichtungen gilt.

Fortsetzung siehe Seite 6



Serge Wilmes, Minister des öffentlichen Dienstes, traf die CGFP-Spitze, um sich über den aktuellen Stand der laufenden Dossiers auszutauschen.



Fortsetzung von Seite 5

Eine erste Konzertierungssitzung zwischen der CGFP, der CHFEP und dem Ministerium, die am 8. Juli stattfand, verlief in einem konstruktiven Klima. Im Anschluss daran verfasste die CHFEP einen Text, der bei einer weiteren Unterredung erörtert wurde. Aufgrund dieser Gespräche arbeitet das zuständige Ministerium jetzt einen Textvorschlag aus, der bald unterbreitet wird.

Anlässlich der jüngsten Gehälterverhandlungen war sich darauf verständigt worden, eine Arbeitsgruppe einzurichten, um die Stärken und Schwächen des Beförderungs- und Laufbahnexams („examen de promotion“ und „examen de carrière“) der Staatsbediensteten zu ermitteln. Die diesbezüglichen Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Nach einer ersten Bestandsaufnahme ist eine weitere Sitzung im zuständigen Ministerium für Ende November angesetzt.

Mehrere Arbeitsgruppen stehen noch aus

Drei weitere Arbeitsgruppen, die infolge des Besoldungsabkommens gebildet werden, haben noch keine Ergebnisse abgeliefert. Sie werden sich mit folgenden Themen befassen: Neugestaltung eines Karrierewechsels innerhalb des Staatsdienstes, Analyse der Unterschiede zwischen den verschiedenen Gehaltsgruppen beim Staat und die Einführung eines Rahmengesetzes für die öffentlichen Einrichtungen („établissements publics“). Die Arbeitsgruppe, die eingerichtet wird, um eine Harmonisierung der Unterschiede zwischen den

verschiedenen Gehalts- oder Entschädigungsgruppen zu prüfen, ohne dass es dabei zu Verschlechterungen kommt, steht zurzeit noch aus.

CGFP-Services, die im Auftrag des Staates die hauptstädtische Kantine für die öffentlich Bediensteten und zwei Kindertagesstätten (Belair und Ingeldorf) verwaltet, wird seine Dienstleistungen weiter ausbauen. Gemäß dem jüngsten Besoldungsabkommen wird in absehbarer Zeit eine dritte Kita in Betrieb genommen. Minister Wilmes hat der CGFP bestätigt, dass die Regierung zurzeit Ausschau nach einem geeigneten Standort in Belval im Umkreis der staatlichen Verwaltungen hält. Die ersten Gespräche zwischen CGFP-Services und der Regierung verliefen gut. Eine weitere Unterredung soll noch vor dem Jahresende stattfinden. Zurzeit wird ein Lastenheft ausgearbeitet, in dem die Kapazität und die entsprechenden Bedürfnisse der künftigen Kita genau festgelegt werden.

Im Gehälterabkommen war zudem festgehalten worden, dass die bestehenden Konventionen für die Kantine und die Kindertagesstätten im gegenseitigen Einvernehmen angepasst oder erneuert werden. Sollte sich im weiteren Verlauf herausstellen, dass die staatliche finanzielle Beteiligung nicht ausreicht, um den begründeten Bedarf für den Kantinen- und Kitabetrieb zu decken, verpflichtet sich die Regierung, die Fördermittel anzugleichen. Diesbezüglich fand Ende Juli eine erste Unterredung im Ministerium statt, an der die CGFP, CGFP-Services und die Generalfinanzinspektion (IGF) teilnahmen und die jeweiligen Standpunkte

erläutert wurden. Noch vor Ende dieses Jahres werden die einzelnen Akteure ihre Gespräche fortsetzen.

Abgesehen vom Gehälterabkommen stecken noch weitere Projekte in der Pipeline. Der Gesetzentwurf 8623, der u.a. einen verstärkten Schutz für Langzeiterkrankte gewährleistet, befindet sich seit Ende September in der Prozedur. Staatsangestellte, die infolge einer langwierigen Krankheit arbeitsunfähig sind, müssen künftig nicht mehr nach sechsmonatiger Abwesenheit innerhalb eines Jahres mit einer Kündigung rechnen. Auf Druck der CGFP hin wird dieses Verfahren in Zukunft erst eingeleitet, wenn die betreffende Person neun Monate lang ohne Unterbrechung am Arbeitsplatz fehlt oder innerhalb eines zweijährigen Zeitraums neun Monate ausfällt.

Eine Verbesserung für Tausende Staatsbedienstete

Derselbe Gesetzestext hält zudem fest, dass auch jene öffentlich Bedienstete, die nach dem 1. Januar 1999 beim Staat eingestellt wurden und mindestens 20 Jahre lang Schichtdienst geleistet haben, in den Vorruhestand treten dürfen. Die CGFP und die damalige Regierung hatten sich beim Gehälterabkommen im Jahr 2021 darauf geeinigt, diese Regelung einzuführen. Sie stellt eine Verbesserung für Tausende staatliche Mitarbeiter dar.

Der Gesetzentwurf 8623 beinhaltet eine weitere Verbesserung. Die BTS-Prämie (Brevet Techniciens Supérieur) wird auf Personen ausgedehnt, die ein anderes BAC+2-Diplom absolviert haben, dies unter der Voraussetzung, dass ihre Arbeit in Verbindung mit dem Diplom steht. Diese Bestimmung beruht auf dem vorletzten Besoldungsabkommen.

Nach dem Übereinkommen zur Harmonisierung der unteren staatlichen Laufbahnen, das darauf abzielt, die ungleiche Vergütung zu beenden, kommt es zu Verzögerungen bei der Auszahlung. Diese soll jedoch noch vor dem Jahreswechsel erfolgen. Rund 6.000 öffentlich Bedienstete sind davon betroffen. Dem Vernehmen nach haben die Mitarbeiter des „Centre de gestion du personnel et de l'organisation de l'État“ (CGPO) zurzeit alle Hände voll zu tun. Sie müssen neben den

Anpassungen bei den „carrières inférieures“ u.a. auch die Neueinstufung verschiedener Laufbahnen bei der Polizei und der Armee bewerkstelligen. Die Harmonisierung der „carrières inférieures“ zielt darauf ab, eine gerechtere Struktur als die jetzige zu schaffen, damit der Unmut über die ungleiche Vergütung ein Ende nimmt.

Änderungen beim Einstellungsverfahren

Der Gesetzentwurf 8301 zur Vereinfachung des Einstellungsverfahrens im öffentlichen Dienst hat unterdessen am vergangenen 14. Oktober die parlamentarische Hürde geschafft. Eingeführt wird ein neues Rekrutierungsinformationssystem, das der Verantwortung des CGFPO untersteht.

Dieses Netzwerk ermöglicht es, das gesamte Einstellungsverfahren von der Stellenausschreibung über die Anmeldung und die Organisation der Examina bis zur Kommunikation mit den Kandidaten zu digitalisieren. Ziel ist es, die Verwaltungen noch effizienter zu gestalten und die Prozeduren wesentlich zu vereinfachen. Des Weiteren werden die Möglichkeiten der internen Mobilität erweitert, indem sich die öffentlich Bediensteten für extern ausgeschriebene Posten bewerben können. Eine dreimonatige Frist beim Wechsel einer Verwaltung soll für mehr Klarheit und Gerechtigkeit sorgen, unterstrich die Berichterstatterin Diane Aehm. Sämtliche Kandidaturen müssen digital eingereicht werden.

Die CGFP begrüßt es, dass die interne Mobilität innerhalb des Staatsdienstes gefördert wird. Diese stellt einen wichtigen Faktor dar, wenn es darum geht, gute Arbeitsbedingungen sicherzustellen und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu stärken. Die CGFP hält es allerdings für nicht gerechtfertigt, dass einzelne Posten beim Staat von der Prozedur des Verwaltungswechsels ausgeschlossen sind. Das Gesetz sieht außerdem vor, dass hoch ausgebildete Staatsbedienstete, die nicht alle drei Verwaltungssprachen beherrschen, unter strengen Bedingungen eingestellt werden können. Die CGFP besteht darauf, dass diese Vorgehensweise nicht zur Regel werden darf.

Max Lemmer

Hutt Dir e speziell Eventement?

Als Member vun der CGFP
kënnt Dir ons Raimlechkeeten ufroen.

Wann Dir Interesséiert
sidd, da melst lech
bei ons op

cgfp@cgfp.lu

Weider Detailer ginn et op Nofro.



Prise de position de la CGFP concernant le projet de budget 2026

Un changement de mentalité s'impose au sein du gouvernement

« Mateneen fir méi Wuesstem », tel était le slogan du discours lors de la présentation du projet de budget 2026 le 8 octobre. Le ministre des Finances a appelé à la cohésion sociale comme garant de la réussite économique. Pour que ce projet aboutisse, le gouvernement doit avant tout changer sa façon de penser. La rupture des négociations lors de la « Sozialronn » a porté un coup dur au modèle luxembourgeois, qui a pourtant fait ses preuves dans le passé. Il est désormais urgent d'y remédier.

Avant le dépôt du projet de budget 2026, le ministre des Finances avait souligné devant la commission parlementaire compétente que la coalition CSV-DP ne souhaitait pas alourdir, mais alléger la charge pesant sur les ménages. La CGFP invite le gouvernement à joindre le geste à la parole en procédant à l'ajustement complet du barème fiscal à l'inflation. Cette décision est attendue depuis longtemps. La perte de pouvoir d'achat subie actuellement par les citoyens doit être compensée au plus vite.

Au Luxembourg, 18 % des ménages sont exposés au risque de pauvreté. Ce pourcentage est supérieur à la moyenne européenne. Actuellement, un tiers des monoparentaux est confronté au risque de pauvreté. Ces faits ne sont pas suffisamment pris en compte dans le budget de l'État.

Retard à rattraper en matière de politique fiscale

Lors de la présentation du projet de budget pour l'année à venir, le ministre des Finances a confirmé qu'après la récente baisse de l'impôt sur les sociétés, un nouvel allègement fiscal serait accordé aux entreprises en 2027. Cela représente un cadeau, en particulier pour les grandes entreprises et les banques. La CGFP souligne à cet égard que cet allègement fiscal ne doit en aucun cas être réalisé au détriment des travailleurs.



Après le dépôt du projet de budget 2026, le ministre des Finances Gilles Roth s'est entretenu avec les trois syndicats représentatifs au niveau national. La CGFP a profité de l'occasion pour présenter son point de vue.

En ce qui concerne la réforme fiscale qui, selon le gouvernement, devrait entrer en vigueur le 1er janvier 2028, la CGFP revendique une solution équitable. Pour les quelque 15 % de contribuables qui se retrouveront dans une situation défavorable lors du passage à l'individualisation du système fiscal, le gouvernement prévoit une période de transition « généreuse ». La CGFP considère cette démarche comme insuffisante et demande à ce que les conditions actuelles soient maintenues à jamais pour les personnes concernées.

En outre, la CGFP constate que l'introduction de l'impôt minimum mondial de 15 % sur les bénéfices pour toutes les grandes entreprises n'est pas prise en compte dans le projet de budget. Les effets de cet impôt ne se feront donc sentir qu'au début de l'année prochaine.

La CGFP note avec satisfaction que l'accord salarial qu'elle a négocié avec le

gouvernement pour la fonction publique sera pleinement mis en œuvre. Après l'augmentation du point indiciaire de 2 %, entrée en vigueur rétroactivement au 1er janvier 2025, les traitements des agents publics seront à nouveau augmentés de 0,5 % au début de l'année prochaine. Le Luxembourg a besoin d'une fonction publique forte et efficace, qui s'accompagne d'une politique de rémunération adéquate.

220 postes supplémentaires seront créés auprès de la police l'année prochaine. Cette augmentation des effectifs repose sur le plan de recrutement pluriannuel convenu avec le gouvernement. L'expérience au cours des dernières années a toutefois montré que souvent, seule une partie des postes proposés par l'État sont pourvus. Les responsables politiques doivent créer les conditions nécessaires pour que le renforcement des effectifs ne s'enlise pas. Les 650 militaires supplémentaires qui formeront, entre autres, le

bataillon luxembourgeois-belge au cours des prochaines années n'ont toutefois pas été évoqués. Le gouvernement ne devrait-il pas également en faire mention ?

Par ailleurs, le gouvernement souhaite élargir continuellement l'offre de « coworking » dans la fonction publique. Dans cette optique, 160 nouveaux postes de « coworking » seront créés l'année prochaine. Ces bureaux en « open space », qui rapprochent le lieu de travail des agents publics de leur lieu de résidence, visent à améliorer la qualité de vie. La CGFP estime toutefois que les expériences acquises devraient faire l'objet d'une analyse approfondie. L'objectif doit être d'établir ensemble avec la CGFP des conditions-cadres. Les dispositions uniformes doivent être inscrites dans une loi et non pas dans un règlement grand-ducal.

Un grand potentiel d'action

La CGFP salue expressément les investissements élevés prévus dans les domaines de l'éducation et de la santé ainsi que dans les infrastructures publiques, sans pour autant réduire les prestations sociales. Les allègements prévus pour les ménages, tels que l'introduction d'un abattement fiscal de 922,50 € par enfant pour les parents ne relevant pas de la classe d'imposition 1a, sont louables.

On peut toutefois se demander si les dépenses prévues pour la création de logements abordables seront suffisantes pour surmonter la crise actuelle. Il en va de même pour la lutte contre le changement climatique. Les budgets y attribués augmentent beaucoup moins rapidement que ceux consacrés aux dépenses militaires. Cet exemple montre le potentiel d'agir lorsqu'un objectif devient une priorité politique.

ml

Prise de position de la CGFP suite à la réunion du comité quadripartite

Le principe de solidarité doit être maintenu

Sous la présidence de la ministre de la Santé et de la Sécurité sociale Martine Deprez et en présence du ministre des Finances Gilles Roth, le comité quadripartite a siégé le 13 octobre. La CGFP a également participé à cette réunion afin de représenter les intérêts des assurés. La situation financière de la Caisse nationale de santé (CNS) figurait au centre de ces discussions.

La CGFP salue la volonté du gouvernement d'augmenter la participation forfaitaire annuelle de l'État au financement de l'assurance maladie-maternité évaluée à une hauteur de 59 millions d'euros par an pour les cinq années à venir. Cette démarche qui répond à une revendication préalable de la CGFP, vise à gagner du temps et à freiner la baisse progressive des réserves de la CNS. Cependant, des mesures réactives ne suffiront pas à elles seules : Selon la CGFP, des réformes durables et structurelles seront nécessaires pour garantir le financement du système de santé à long terme. Le premier objectif devrait être d'utiliser plus efficacement les ressources disponibles.

Les discussions constructives avec les partenaires sociaux et les prestataires de soins de santé ont permis d'identifier des pistes permettant d'économiser au total 140 millions d'euros. Dans un souci d'efficacité, il convient de veiller davantage à ce qu'il n'y ait pas de chevauchements dans les traitements médicaux.

Lors de la réunion du comité quadripartite, il a été convenu de réexaminer les mesures d'assainissement financier de la CNS au premier trimestre 2028. Il s'agit avant tout de rétablir l'équilibre budgétaire de l'assurance maladie-maternité. La CGFP estime que cette clause de révision est judicieuse. Elle insiste toutefois sur le fait que le gouvernement devra être en mesure, le moment venu, de présenter les projets de loi correspondants afin de ne pas perdre inutilement un temps précieux.

La CGFP s'est toujours prononcée en faveur de recettes supplémentaires pour surmonter les difficultés financières tout en refusant catégoriquement une réduction des prestations. L'évolution future de la situation financière montrera

si une hausse des cotisations sera nécessaire ou non.

Lors de la réunion du comité quadripartite, les ministres se sont engagés à ne pas remettre en cause le niveau des prestations jusqu'au premier trimestre 2028. Cet engagement répond à une revendication fondamentale de la CGFP. Depuis des années, la CGFP défend un système de santé fondé sur le principe de solidarité et centré sur le bien-être des patients. Les services médicaux doivent rester accessibles à tous les citoyens, quels que soient leurs revenus et leur milieu social. Ce principe ne doit en aucun cas être remis en cause à l'avenir.

La CGFP engage une procédure de conciliation

Enfin, la CGFP réitère avec insistance que la future Agence luxembourgeoise des médicaments et produits de santé ainsi que la nouvelle Centrale nationale d'achat et de logistique ne devraient en aucun cas être gérées selon des critères de droit privé. Ces deux entités prochainement envisagées rempliront



© M35

des missions accomplies jusqu'à présent par la Direction de la santé, c'est-à-dire par une administration publique. Dans ce contexte, la CGFP renvoie à l'article 41 de la Constitution, qui stipule que la santé publique relève clairement de la compétence de l'État.

La CGFP et la Chambre des fonctionnaires et employés publics ont déjà exprimé à plusieurs reprises leur opposition à ce projet. La ministre de la Santé n'ayant pas répondu à ces doléances, la CGFP a engagé une procédure de conciliation.

ml



„Nicht nur reagieren, sondern vorpreschen“

Kurz vor den Sommerferien trat Mona Guirsch als erste Frau an der Spitze der „Chambre des fonctionnaires et des employés publics“ die Nachfolge von Romain Wolff an. Die Deutschlehrerin, die zugleich „Attachée à la direction“ im hauptstädtischen Athenäum ist und am IFEN unterrichtet, bleibt als Generalsekretärin der Lehrgewerkschaft FÉDUSE-CGFP tätig. „fp“ unterhielt sich mit ihr u.a. über Multitasking, Frauenquoten und die Zielsetzung der CHFEP.

fonction publique (fp): Sie wurden am 30. Juni einstimmig für die kommenden fünf Jahre an die Spitze der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) gewählt. Eigenen Aussagen zufolge wurden Sie dazu ermutigt, diesen Posten anzunehmen. War viel Überzeugungsarbeit notwendig?

Mona Guirsch (MG): Zugegeben, ein bisschen schon.

fp: Wieso?

MG: Neulich sagte eine CHFEP-Vertreterin zu mir, dass Männer bei der Frage, ob Sie Interesse an einem Posten hätten, in der Regel weniger zögern, während Frauen in dieser Hinsicht zu Beginn etwas zurückhaltender sind und zunächst alles

genau beruflich und privat abwägen, bevor sie eine Entscheidung treffen. Da mag was dran sein.

fp: Wer ist damals an Sie herangetreten, um Sie dazu zu bewegen, Ihre Kandidatur zu stellen?

MG: Romain Wolff, der seit 20 Jahren der CHFEP angehört, hat diese Institution die letzten zehn Jahre erfolgreich geleitet. Ihm zur Seite stand Gilbert Goergen, der 20 Jahre lang Mitglied des CHFEP-Büros war, davon sieben als Vizepräsident. Beide haben auf eigenen Wunsch hin auf ein weiteres Mandat verzichtet. Zugleich haben sie mich dazu ermutigt, meine Kandidatur für den Präsidentenposten zu stellen.

Auch die CGFP und der Vorstand der FÉDUSE-CGFP haben mich dabei unterstützt. Gleiches trifft auf Claude Reuter zu, der als Präsident der Gewerkschaft des Gemeindepersonals neben Steve Keipes weiterhin als Assessor im CHFEP-Büro fungiert. Rückendeckung erhielt ich zudem auch vom CHFEP-Direktor Georges Trauffler, seiner rechten Hand, Marc Poos, und der CHFEP-Belegschaft.

fp: Was war der entscheidende Faktor, sich der Präsidentenwahl zu stellen?

MG: Eine der Erkenntnisse, die sich aus all diesen Gesprächen ergab, war die, dass es wichtig ist, eine gewisse Kontinuität an der Spitze unserer Berufskammer zu gewährleisten. Einigkeit herrschte darüber, dass eine völlige Erneuerung des CHFEP-Büros nicht wünschenswert wäre. Es macht Sinn, den Vorsitz einer Person zu übertragen, die zuvor schon Mitglied des CHFEP-Büros war und über eine gewisse Erfahrung verfügt. Außerdem war es mir wichtig, mit CHFEP-Vizepräsident Patrick Remakel auch ein direktes Bindeglied zur CGFP-Exekutive zu haben. Die Informationen können somit schnell und wirksam untereinander ausgetauscht werden. Ich blicke insofern mit Zuversicht in die Zukunft.

fp: Ihr Vorgänger war berüchtigt für seine charismatischen Medienauftritte. Verspüren Sie einen Druck, mit ihm verglichen zu werden?

MG: Nein. Romain Wolff hat in all den Jahren Großartiges geleistet. Das alles kann man nicht innerhalb kürzester Zeit aufarbeiten. Was mich betrifft, so werde ich mein Bestes geben, um die CHFEP gut zu leiten und nach außen hin so zu vertreten, dass sie vielleicht ihren Bekanntheitsgrad noch steigern kann. Für mich ist es vor allem eine große Ehre, in die Fußstapfen von Jos Daleiden, Emile Haag und Romain Wolff treten zu dürfen. Mein Vorgänger legte stets Wert darauf, dass seine Eigenschaften als Präsident der CHFEP und der CGFP voneinander getrennt werden. Ich halte diese Herangehensweise für richtig. Dies ändert nichts daran, dass die Berufskammer – wie bereits in der Vergangenheit – weiterhin eng mit der CGFP und deren Kooperationspartner FGFC, sowie natürlich auch den anderen gewählten Gewerkschaftsvertretern, zusammenarbeiten wird.

fp: Für was steht die neue CHFEP-Präsidentin? Was darf man von Ihnen erwarten?

„ Für mich ist es vor allem eine große Ehre, in die Fußstapfen von Jos Daleiden, Emile Haag und Romain Wolff treten zu dürfen. “

fp: Was stimmt Sie optimistisch?

MG: Ich bin nicht beratungsresistent und weiß, dass ich bei Bedarf auf die Fachkompetenz von Romain Wolff und Gilbert Goergen zurückgreifen kann. Außerdem steht mir mit den CHFEP-Büromitgliedern und -Mitarbeitern ein sehr zuverlässiges, engagiertes und hochkompetentes Team zur Seite. Ich mag es, mit Menschen zusammenzuarbeiten, die das Kerngeschäft kennen und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit allen, nicht zu vergessen auch den Mitgliedern des Plenums, welche teilweise ebenfalls über langjährige Erfahrung in der CHFEP verfügen.

MG: Mir ist ein regelmäßiger Austausch ganz wichtig, sowohl mit den Mitgliedern des Büros als auch mit der Belegschaft der CHFEP. Visio-Konferenzen und E-Mail-Verkehr sind praktisch. Ich bevorzuge jedoch den realen Kontakt mit den Menschen.

fp: Sie sind zugleich „Attachée à la direction“ im hauptstädtischen Athenäum und auf gewerkschaftlicher Ebene als Generalsekretärin der FÉDUSE-CGFP tätig. Wie wollen Sie dieses breitgefächerte Aufgabenfeld stemmen?

MG: Meine berufliche Tätigkeit im *Athénée de Luxembourg* erfülle ich nicht als „Fulltime-Job“. Zudem werde ich dort jetzt bei der Gestaltung der europäi-



schen Schulprojekte von einer Kollegin teilweise entlastet. Beim IFEN („Institut de Formation de l'Éducation nationale“) werde ich etwas kürzertreten und weniger unterrichten als bisher. Auch mein gewerkschaftliches Engagement ist keine Vollzeit-Beschäftigung wie z.B. bei Romain Wolff. Nichtsdestotrotz wird die größte Herausforderung darin bestehen, die Termine und die vielfältige Arbeit so einzuteilen, dass Überschneidungen in den Spitzenzeiten vermieden werden können.

fp: *Als Generalsekretärin der FÉDUSE-CGFP setzen Sie sich für die Anliegen der Lehrkräfte im Secondaire und für die Erwachsenenbildung („formation des adultes“) ein. In ihrer Eigenschaft als Präsidentin der CHFEP wird jedoch von Ihnen erwartet, dass Sie für die Interessen aller Staatsbediensteten eintreten. Wie wollen Sie diesen Spagat bewerkstelligen?*

MG: Ich sehe das nicht als ein Problem, sondern vielmehr als eine Herausforderung. Dank meiner Erfahrungen als Lehrkraft einerseits und bei der FÉDUSE-CGFP andererseits bin ich es gewohnt, auf sehr unterschiedliche Anliegen einzugehen. Ein Septimaneur hat andere Sorgen und Fragen als ein Abiturient, genauso wie ein Referendar, der Hilfe aufsucht, völlig andere Anliegen hat als ein Professor, der kurz davor ist, in den Ruhestand zu treten. Darüber hinaus gehöre ich seit sieben Jahren dem Büro der CHFEP an. In all dieser Zeit wurde ich mit einer Vielzahl von Texten aus sehr unterschiedlichen Bereichen konfrontiert und habe schnell gelernt, über den Tellerrand zu schauen. Innerhalb der CHFEP findet eine wahre Teamarbeit statt, bei der sich sowohl die gewählten Gewerkschaftsvertreter als auch das Personal der Berufskammer einbringen. Außerdem zögere ich nicht, bei Bedarf um Rat zu fragen oder einen spezifischen Text einer fachkundigen Person anzuvertrauen. .

fp: *Die Berufskammer aller Staatsbediensteten wird zum ersten Mal in ihrer 60-jährigen Geschichte von einer Frau geleitet. Wie fühlt es sich an, ein von Männern dominiertes Büro zu führen?*

MG: Im Bildungswesen wurde ich bislang nie mit der Frage konfrontiert, ob es wichtig sei, ein Mann oder eine Frau zu sein. Gott sei Dank habe ich diesbezüglich weder auf beruflichem Plan noch woanders bislang schlechte Erfahrungen gemacht. In der FÉDUSE-CGFP bin ich seit dreizehn Jahren die einzige Frau im Vorstand. Als Schülerin besuchte ich im *Athénée de Luxembourg* eine B-Sektion, in der die Mädchen auch in der Minderheit waren, daher bin ich es von jeher gewohnt, mit Männern im Alltag zu arbeiten. Wir haben uns stets mit gegenseitigem Respekt behandelt.

fp: *In der neuen Berufskammer sind 10 Frauen und 19 Männer vertreten. Stellt Sie das zufrieden?*

MG: Worauf es mir ankommt, ist, dass es sich allesamt um Menschen handelt, die sich freiwillig dem Wähler gestellt haben und bereit sind, Engagement zu zeigen. Im Übrigen sind im Finanzausschuss der CHFEP die Frauen diesmal in der Mehrheit. Dies stellt ein Novum dar. Auch unterhält unsere Berufskammer eine „Commission à l'égalité“, in der ich selbst in den vergangenen Jahren Mitglied war und die unter anderem auch diesen Aspekt der Geschlechtermixität im Auge behält.

fp: *Befürworten Sie die Frauenquote oder ist das ein Reizwort für Sie?*

MG: Grundsätzlich finde ich es gut, dass dieser Begriff existiert und Fragen aufwirft. Ich lege jedoch vorrangig Wert auf Kompetenz und Engagementbereitschaft. Sicherlich gibt es Männerbereiche, bei denen es Frauen schwer haben, Fuß

zu fassen, und auch umgekehrt. Hier ist es bestimmt nicht falsch, über die Einführung von Geschlechterquoten zu diskutieren. Systematisch und überall eine solche Quote einführen zu wollen, halte ich jedoch für keine gute Sache und sogar juristisch gesehen für problematisch im Hinblick auf den Aspekt der Diskrimination, welche eindeutig verboten ist. Außerdem sollte niemand gezwungen werden, beruflich etwas zu tun, was ihm zuwider ist oder bei dem er sich unwohl fühlt.

fp: *Welche großen Brocken wird die CHFEP in Angriff nehmen?*

MG: Prioritär behandelt werden zunächst einmal jene Punkte aus dem zwischen der CGFP und der Regierung ausgehandelten Gehälterabkommen, die zurzeit noch in der Pipeline stecken. Die Berufskammer arbeitet mit der CGFP die entsprechenden Gutachten aus, über welche dann im Plenum von allen anwesenden Gewerkschaftsvertretern abgestimmt wird. Wir pochen auf eine möglichst schnelle Umsetzung. Die Timeline stellt uns zurzeit zufrieden. Auch der Punkt, der die Beobachter in Examenkontexten betrifft, sowie die Bestimmungen zur Verbeamtung der Staatsangestellten nach zehn Dienstjahren bzw. ihr Beitritt in die Pensionskasse der Staatsbeamten bereits nach zwölf Dienstjahren müssen unbedingt zeitnah verwirklicht werden, wobei hier das Gutachten des Staatsrats noch aussteht, damit der Text im Parlament gestimmt werden kann.

fp: *Gespannt darf man auf das bevorstehende CHFEP-Gutachten zur Pensionsreform sein...*

MG: ...es bleibt abzuwarten, wann die Regierung den Entwurf vorlegen wird und wie ausführlich die Texte sein werden. Aus der Presse war bisher zu vernehmen, dass insbesondere bei den Detailfragen vieles im Ungewissen liegt. Klar ist, dass die Begutachtung schneller erfolgen wird, wenn die bei der Sozialrunde gezogenen Schlussfolgerungen in den jeweiligen Texten detailliert aufgelistet werden.

fp: *Die Pensionsreform soll zum 1. Januar kommenden Jahres in Kraft treten. Halten Sie dieses Stichdatum für machbar?*

MG: Wenn sich eine Regierung in Luxemburg etwas in den Kopf gesetzt hat, dann wird sie das auch durchziehen. Als Berufskammer würden wir es jedoch begrüßen, wenn man uns für die Begutachtung der Texte eine Frist von mindestens sechs bis acht Wochen gewähren würde, um das entsprechende Gutachten zu verfassen. Wir wollen die Einleitung des Dringlichkeitsverfahrens, soweit es geht, vermeiden. Diese „procédure d'urgence“ wird eingeleitet, wenn die Frist so kurzfristig ist, dass keine Zeit bleibt, um eine Plenarversammlung einzuberufen. Meiner Ansicht nach darf dies nur in Notfallsituationen geschehen, da alle gewählten Gewerkschaftsvertreter innerhalb einer Plenarsitzung noch einmal Stellung zu den unterbreiteten Gutachten der CHFEP beziehen können sollen.

Ob die Rentenreform pünktlich in Kraft treten wird, hängt auch davon ab, ob der Staatsrat die gesetzte Frist einhalten wird oder nicht. Im Gegensatz zu den Berufskammern ist das Gutachten der Hohen Körperschaft bindend.

fp: *Ein weiteres heißes Eisen ist die Steuerreform....*

MG: ...auch hier können wir erst Stellung dazu beziehen, wenn die entsprechenden Texte vorliegen. Es scheint jedenfalls eindeutig in Richtung einer einheitlichen Steuerklasse, basierend auf dem aktuellen Modell der 1A, hinauszulaufen. Hauptsache, in diesem Bereich tut sich endlich etwas, denn eine Überarbeitung des Status quo ist längst überfällig.

fp: *Die Gutachten der CHFEP werden mit viel Sachkenntnis ausgearbeitet. Wie frustrierend ist es, regelmäßig feststellen zu müssen, dass die formulierten Einwände und Anregungen kaum oder gar nicht von den politischen Entscheidungsträgern berücksichtigt werden? Ist eine Zurechtweisung von Zeit zu Zeit notwendig?*

MG: Ja, ab und zu. Diese Zurechtweisungen erfolgen schriftlich und werden von unserer Berufskammer diskret gehandhabt. Wir teilen z.B. unseren Unmut mit, wenn ein CHFEP-Gutachten ignoriert wird. Wir versuchen höflich zu protestieren, ohne das Ganze in der Öffentlichkeit medial und hetzerisch auszutragen. Der soziale Frieden in Luxemburg und die Dialogbereitschaft mit den Verantwortungsträgern sind unser prioritäres Ziel.

fp: *Reicht das denn aus?*

MG: Diese Frage stellt man sich manchmal. Wir haben jedoch die Erfahrung gemacht, dass wenn ein Gutachten nicht ausreichend berücksichtigt wird, die in der CHFEP vertretenen Gewerkschaftler das Thema aufgreifen und beim zuständigen Ministerium nachhaken können. Zudem können die Mitglieder des CHFEP-Büros in den betreffenden Ministerien

Amtszeit machen durfte, war zumindest sehr positiv.

Als sich neulich herausstellte, dass die CHFEP ein Problem mit einem geplanten Gesetzestext hatte, suchte der zuständige Minister sofort das Gespräch auf. Bei der konstituierenden Sitzung der CHFEP erschien er in Begleitung seiner engsten Mitarbeiter, um gleich vor Ort die betreffenden Punkte mit mir anschließend zu klären. Die bisherigen Gespräche verliefen in einem Klima von gegenseitigem Respekt und Dialogbereitschaft. Statt die Stimmung in den sozialen Medien aufzuheizen, bevorzuge ich es, durch handfeste Argumente zu versuchen, einen Kompromiss zu erzielen. Ich wäre froh, wenn wir den zu Beginn meiner Amtszeit eingeschlagenen Weg so fortsetzen könnten.

fp: *Die CHFEP verfügt über das Initiativrecht. Sie ist dazu ermächtigt, Reformen vorzuschlagen, die von der Regierung analysiert werden. Wird die CHFEP unter Ihrem Vorsitz verstärkt von diesem Recht Gebrauch machen?*

MG: Als CHFEP sind wir bereit, vermehrt von diesem Initiativrecht Gebrauch zu machen. Sollte bei der CGFP z.B. der Wunsch bestehen, dass wir aufgrund von Ergebnissen, die in ihren internen Arbeits-

„ *Statt die Stimmung in den sozialen Medien aufzuheizen, bevorzuge ich es, durch handfeste Argumente zu versuchen, einen Kompromiss zu erzielen. „*

oder auch im Parlament selbst bei der zuständigen Kommission vorstellig werden, um zusätzlichen Druck zu erzeugen. All dies geht Hand in Hand.

fp: *Fühlen Sie sich von den politisch Verantwortlichen ernst genommen?*

MG: Generell bin ich optimistisch, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Minister des öffentlichen Dienstes, Serge Wilmes, unserer Berufskammer und insbesondere der CGFP und FGFC möglich ist, wenn es um Gesetzentwürfe und großherzogliche Verordnungen geht, die den öffentlichen Dienst betreffen. Die Erfahrung, die ich gleich zu Beginn meiner

gruppen erarbeitet wurden, die Initiative ergreifen, um daraus Gesetzesvorschläge oder großherzogliche Verordnungen vorzulegen, stehen wir gerne zur Verfügung. Wir wollen im CHFEP-Vorstand jedoch nicht im Alleingang handeln, sondern vertrauen auf die Anliegen der gewählten Gewerkschaftsvertreter innerhalb der CHFEP, um im Plenum geplante Vorgehen gemeinsam abzustimmen und so zu validieren.

Meines Erachtens wäre es gut, wenn die CHFEP sich nicht nur darauf beschränkt, zu reagieren, sobald etwas vorliegt, son-

Fortsetzung siehe Seite 10





Fortsetzung von Seite 9

dem auch vorprescht mit Texten, die von der CGFP, deren Kooperationspartner FGFC oder auch anderen Plenumsmitgliedern ausgearbeitet wurden. Ich würde es begrüßen, wenn diese Zusammenarbeit mit den in unserer Berufskammer vertretenen Gewerkschaften, welche bislang vielleicht noch nicht im vollen Umfang zum Tragen kam, verstärkt würde und das Potenzial der CHFEP so besser genutzt werden könnte.

fp: Die Berufskammern sind in der Verfassung verankert. Dadurch erscheinen verschiedene alte Bestimmungen des Gesetzes über die Berufskammern noch absurder als zuvor, hieß es bei der 60-Jahr-Feier der CHFEP. Wo sehen Sie diesbezüglich Handlungsbedarf?

Das Gesetz über die Berufskammer der Staatsbediensteten sieht u.a. vor, dass die Regierung die CHFEP auflösen könnte. Zudem sollte der Direktor der CHFEP von der Regierung gutgeheißen werden. Im vergangenen Jahr wurde eine Reform dieser Gesetzgebung angekündigt. Der Gesetzentwurf liegt zurzeit aber noch nicht vor. Wir wissen nicht, was uns genau erwartet, stehen aber den angekündigten gesetzlichen Änderungen sehr skeptisch und kritisch gegenüber. Ich sehe auch nicht ein, warum nicht allen Berufskammern der Zugang zu den Kontaktdaten ihrer Kammerzugehörigen (Adressen, E-Mails...) gewährt wird.

fp: Im Gegensatz zu den anderen Berufskammern erhalten die CHFEP-Mitglieder auch keine finanzielle Entschädigung. Werden Sie diese langjährige CHFEP-Forderung erneut aufgreifen?



MG: Ja! Die vorige Regierung hatte stets betont, dass die CHFEP-Mitglieder eine Dienstbefreiung erhalten, um an den Sitzungen der Berufskammer teilzunehmen und zudem bereits vom Staat vergütet würden. Sie weigerte sich daher, eine Extravergütung in Erwägung zu ziehen. Ich werde jedoch dieses Anliegen beim Minister des öffentlichen Dienstes erneut aufgreifen. Ich sehe nicht ein, warum CHFEP-Mitglieder gegenüber den Mitgliedern anderer Berufskammern benachteiligt werden sollen, welche sicherlich ihre jeweiligen Sitzungen auch nicht nachts oder sonntagnachmittags außerhalb ihrer Arbeitszeiten abhalten. Hier vermischt der Staat seine Rolle des Dienstherrn nämlich mit jener des Gesetzgebers.

fp: Gibt es bei der CHFEP Überlegungen, die Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung auszubauen?

MG: Bereits in der vergangenen Mandatsperiode wurde eine Arbeitsgruppe zur Weiterbildung eingesetzt. Ziel war es herauszufinden, welche Bedürfnisse es diesbezüglich gibt. Inzwischen sind bereits Kurse über die Rolle der Examensprüfer angeboten worden, die demnächst infolge des neuen Gesetzentwurfs wieder angepasst werden müssen. Bei der Grundausbildung („formation de base“) wird die CHFEP jedoch keine aktive Rolle einnehmen.

fp: Warum?

MG: Wir ziehen es vor, diesen Bereich den Gewerkschaften zu überlassen, die die Bedürfnisse auf dem „Terrain“ bestens kennen. Die einzelnen Sektoren beim Staat und im Bereich des Kommunalsektors sind sehr umfangreich und äußerst spezifisch. Die Gewerkschaften sind auf diesem Gebiet daher besser bewandert, die Ausbildungen und Abschlussexamina der verschiedenen Laufbahnen konkret anzupassen, welche unsere Berufskammer durch entsprechende Gutachten dann zu unterstützen vermag, damit sie auch so in die Gesetzgebung einfließen können.

fp: Wie würden Sie die Beziehungen zu den anderen Berufskammern beschreiben? Könnten Sie sich einen regelmäßigen Austausch vorstellen?

MG: Bei meiner Ernennung zur Vorsitzenden der CHFEP erhielt ich ein Schreiben von der Präsidentin und dem Direktor der „Chambre des Salariés“ (CSL). Das hat mir durchaus Freude bereitet. Es

gibt keine Abwehrhaltung, mit anderen zusammenzuarbeiten, wenn sich die Interessenfelder überschneiden. Bei Bedarf findet ein Austausch statt, z.B. wenn auf gewerkschaftlicher Ebene der Wunsch geäußert wird, gemeinsam ein Gutachten zu verfassen und beide Plenarsitzungen einen gemeinsamen Nenner zulassen. Grundsätzlich bin ich jedoch der festen Überzeugung, dass sich jeder am besten auf sein jeweiliges Fachgebiet beschränken soll.

fp: Im Vorfeld der Sozialwahlen im öffentlichen Dienst hatte die CHFEP erstmals eine aufwendige Kampagne gestartet. Gibt es Überlegungen, die Öffentlichkeitsarbeit der CHFEP weiter auszubauen?

MG: Ziel der groß angelegten Medienkampagne war es, die Wahlbeteiligung bei den Sozialwahlen im öffentlichen Dienst zu erhöhen. Rund 60 % der Wahlberechtigten haben dieses Mal ihre Stimme abgegeben. Dieses Ergebnis stellt uns zufrieden. Zugleich wurde die Homepage der CHFEP neugestaltet. Ich lade jeden dazu ein, die Internetseite (www.chfep.lu) anzuklicken. Dort erhält man einen Einblick in die von der CHFEP geleistete Arbeit. Sämtliche Gutachten sind jederzeit online abrufbar. In Zukunft wollen wir noch präsenter im Netz sein. Seit den vergangenen Sozialwahlen ist die CHFEP auch in den sozialen Medien vertreten wie z.B. Facebook und Instagram. Intern gab es bereits Überlegungen, Ausschau nach einer Person zu halten, die sich verstärkt dem Internetauftritt unserer Berufskammer widmen würde.

fp: Erlauben Sie uns bitte zum Schluss noch ein paar persönliche Fragen zu stellen. Welche Eigenschaft schätzen Sie am meisten bei einem Menschen?

MG: Zuverlässigkeit, Integrität und Engagement. Ich lege viel Wert auf Teamgeist. Die Arbeit darf nicht auf den Schultern einer einzelnen Person lasten. Das gilt sowohl beruflich als auch privat. Ohne die Unterstützung meiner Familie wäre mein professionelles Engagement nicht möglich.

fp: Was treibt Sie auf die Palme?

MG: Unzuverlässigkeit! Arbeit zu delegieren, erfordert Vertrauen. Umso wütender macht es mich, wenn ich es mit Menschen zu tun habe, die mir etwas zusichern, was sie später nicht erfüllen. Mein Tagesablauf ist durchgetaktet und ich erwarte deshalb, dass man den Anstand hat, rechtzeitig Bescheid zu sagen, wenn man eine Abmachung – aus welchen Gründen

auch immer – nicht in dem vereinbarten Zeitrahmen einhalten kann.

fp: Welche politischen Floskeln nerven Sie am meisten?

MG: „Danke. Wir nehmen Ihre Überlegungen zur Kenntnis und melden uns zurück.“ Oder der alternative Schlussteil des Satzes: „Wir übernehmen nun unsere Verantwortung.“ Diese Floskel nervt mich, weil es sinngemäß bedeutet: „Ok, Sie haben jetzt dazu Stellung bezogen. Wir machen trotzdem, was wir wollen.“

fp: Was bereitet Ihnen zurzeit am meisten Sorgen?

MG: In Luxemburg finde ich u.a. die äußerst angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt und das steigende Armutsrisiko besorgniserregend. Es kann nicht angehen, dass immer mehr Menschen ihren Wohnsitz ins nahe Ausland verlegen müssen, weil sie sich hierzulande kein

„ Ich lege viel Wert auf Teamgeist. Die Arbeit darf nicht auf den Schultern einer einzelnen Person lasten. “

Eigenheim mehr leisten können. Andere wiederum können gewerkschaftliche Errungenschaften wie den Elternurlaub oder den „Service à temps partiel“ nicht in Anspruch nehmen, weil beide Elternteile arbeiten müssen.

Auf internationaler Ebene macht mir insbesondere die instabile geopolitische Lage Sorgen. Die Demokratien schwächeln oder kollabieren. Zahlreiche Länder wie z.B. Frankreich sind nahezu nicht mehr regierbar. Vor diesem Hintergrund wird es zunehmend schwieriger, den jüngeren Generationen Zuversicht zu geben und ihnen die Vorteile der Demokratie und der freien Wahlen verständlich und nachvollziehbar zu vermitteln. Ich wünsche mir, dass mehr Einsicht einkehrt, um unsere gemeinsamen Werte wie Frieden, Sicherheit und Soziales zu verteidigen und ein harmonisches Zusammenleben sicherzustellen.

fp: Ihr größter Wunsch?

MG: Mein bescheidener und idealistischer Wunsch ist es, dass weitere Fortschritte in der Medizin – insbesondere in der Krebsforschung – erzielt werden.

Allgemeiner formuliert, würde ich sagen, dass es absolut wünschenswert sei, dass der Einzelne sich weniger wichtig nehmen sollte zugunsten des großen Ganzen und so mancher Zeitgenosse von seinem Egozentrismus ablassen sollte.

fp: Wo und wie können Sie am besten abschalten?

MG: Entspannen tue ich am meisten in einer Wifi-freien Zone. Die Initiative von Minister Meisch, die Handys in den Schulen einzuschränken, ist sicher nicht ganz verkehrt. Auch die Erwachsenen sollten ab und zu die Nutzung von Smartphones überdenken. Ich lese gerne, fahre Ski und habe Freude an einem schönen Essen oder an einem Wochenende im Wellness-Hotel, wo ich mir sicher bin, dass das Handy nicht mit in den Saunabereich geht. (lacht)

fp: Ihr Motivationskick?

MG: Einfach einmal diskret ein „Danke schön“ zu hören für das Engagement, das man im Alltag zeigt, ganz egal, ob es beruflicher oder privater Natur ist. Ich erwarte kein Geschenk, ein ehrlich gemeinter Dank reicht mir. Ich denke, dies können alle Gewerkschafter und auch Lehrerkollegen gut nachvollziehen!

fp: Ein schönes Schlusswort, an das wir gleich anknüpfen: Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Max Lemmer

Drei Fragen an den scheidenden CHFEP-Präsidenten Romain Wolff

fp: Die Nachricht, dass Sie nicht mehr für ein weiteres Mandat an der Spitze der CHFEP zur Verfügung stehen, kam für viele überraschend. Ist diese Entscheidung Ihnen schwergefallen und was war der auslösende Faktor?

Romain Wolff (RW): Die Entscheidung, den CHFEP-Vorsitz abzutreten, habe ich selbst getroffen. Sie ist wohlgedacht. Nach monatelanger reifer Überlegung bin ich zum Schluss gelangt, dass nach meiner zehnjährigen Amtszeit als CHFEP-Präsident die Zeit für einen Wechsel an der Spitze der Berufskammer gekommen sei. Jahrelang habe ich gleichzeitig den Vorsitz der CHFEP, der CGFP und der CESI geleitet. Irgendwann muss man die Posten, die man innehat, in verschiedenen Zeitabständen freiwillig abgeben. Für mich lag es nahe, mit der CHFEP zu beginnen.

Ich finde es gut, dass jetzt ein neues Team um Präsidentin Mona Guirsch und Vizepräsident Patrick Remakel das Zep-ter übernommen hat. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei der CHFEP-Bel-egenschaft für die über all die Jahre hervor-ragend geleistete Arbeit bedanken. Der CHFEP werde ich als gewählter Vertreter weiterhin angehören. Ich habe mich nicht zur Wahl gestellt, um kurz danach mein Mandat aufzugeben.

fp: Wie sieht Ihre persönliche Bilanz aus, nachdem Sie in den vergangenen zehn Jahren sowohl als Präsident der CHFEP als auch als CGFP-Vorsitzender fungiert haben?

RW: Insgesamt ziehe ich eine positive Bilanz. Bei den Sozialwahlen im öffent-lichen Dienst hat die CGFP ein ausge-zeichnetes Ergebnis erzielt. Dies ist der Beleg dafür, dass das Zusammenspiel

zwischen der CGFP und der CHFEP stets gut funktioniert hat. Die Berufskammer der Staatsbediensteten hat in all diesen Jahren Gutachten verfasst, die Hand und Fuß haben. Ich würde es jedoch begrü-ßen, wenn diesen Überlegungen in Zu-kunft noch mehr Beachtung geschenkt würde. Das habe ich in der Vergangen-heit manchmal vermisst. Die CHFEP ist zwar als Berufskammer in der Verfassung verankert, doch dies allein reicht nicht aus.

fp: Möchten Sie gerne Ihrer Nachfolgerin bei der CHFEP einen Ratschlag mit auf den Weg geben?

RW: Als Vorsitzende der CHFEP muss man sich bewusst sein, dass man für sämtliche Angegliederte der Berufs-kammer eintritt. In diesem Punkt ist die Mission einer Berufskammer grundlegend verschieden vom Auftrag, den eine



Gewerkschaft zu erfüllen hat. Bei Mei-nungsverschiedenheiten gilt es, Kompromisse einzugehen, damit am Ende ein konsensfähiges Ergebnis erzielt werden kann. Ich zweifle nicht daran, dass Mona Guirsch diese Herausforderung in ihrer neuen Eigenschaft als CHFEP-Präsidentin meistern wird.

ml

CHFEP: Eine starke Stimme für 65.000 Staatsbedienstete



Die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ wurde durch das Gesetz vom 12. Februar 1964 gegründet. Die ersten Wahlen fanden 1965 statt. Seit ihrer Gründung setzt sich die CHFEP aktiv für die Vertretung der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst ein und ist ein unumgänglicher Akteur im Gesetzgebungsverfahren in Luxemburg geworden. Inzwischen vertritt sie die Interessen von rund 65.000 Staatsbediensteten.

Nach den Sozialwahlen vom vergangenen März sieht die Sitzverteilung der CHFEP wie folgt aus: 23 der insgesamt 24 Sitze, die dem Staatsdienst vorbehalten sind, werden der CGFP zugeordnet. Im kommunalen Sektor hat die FGFC, die Gewerkschaft des Gemeindepersonals, vier der fünf möglichen Mandate ergattert. CGFP und FGFC, die eine langjährige Kooperation verbindet, stellen somit in der neuen Berufskammer 27 der insgesamt 29 Vollmitglieder. Diese sind in zehn Kategorien aufgeteilt. Ihre Mandatsdauer erstreckt sich über fünf Jahre.

Die CHFEP setzt sich aus hauptsächlich aus drei Gremien zusammen. Die Plenarversammlung (29 Vollmitglieder und 29 Stellvertreter) ist das Hauptentscheidungs- und Vertretungsorgan. Sie wählt die Mitglieder des Kammerbüros, stimmt über die Gutachten ab und beschließt die generelle Ausrichtung der CHFEP. Das Kammerbüro legt die großen Linien der CHFEP fest, arbeitet Gutachten und Vorschläge aus und nennt die jeweiligen Experten und Delegierten. Die Finanzkommission kümmert sich unterdessen um die Finanzverwaltung der CHFEP. Die Finanzierung der CHFEP fußt einzig und allein auf den Beiträgen, die direkt vom Arbeitgeber bei den CHFEP-Zugehörigen eingezogen werden.

Mit Blick in die Zukunft wird die CHFEP ihre wichtigen Missionen konsequent fortsetzen. Ziel ist es, einen starken, gerechten und zukunftsorientierten Staatsdienst im Interesse der öffentlich Bediensteten und der Allgemeinheit in Luxemburg zu gewährleisten.

Der Aufgabenbereich der CHFEP ist mannigfaltig. Eine ihrer Missionen besteht darin, Gesetzentwürfe bzw. großherzogliche Verordnungen, die unter anderem die öffentlich Bediensteten direkt betreffen, zu begutachten. Zudem kann die Berufskammer selbst eine Gesetzesinitiative ergreifen, indem sie Reformen vorschlägt. Diese Anregungen werden von der Regierung analysiert und dem Parlament unterbreitet. In Bezug auf die sozialen Bedingungen kann die CHFEP jede Initiative schaffen und unterstützen, die dazu beiträgt, die Lebensqualität der Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst zu verbessern.

Darüber hinaus schützt die CHFEP die materiellen und moralischen Interessen ihrer Kammerangehörigen und sorgt dafür, dass die Gesetze und Verordnungen eingehalten werden. Zudem steht es ihr zu, Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu ergreifen oder zu unterstützen. Schließlich wacht die CHFEP darüber, dass die Examen im öffentlichen Dienst nach bestehendem Recht durchgeführt werden und sämtliche Kandidaten dabei denselben Bedingungen unterliegen.



FONDATION
CGFP DE SECOURS

CGFP SERVICES

Wie kann man Gutes tun?

1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.



Fondation CGFP de Secours

(agrée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLLULL: LU46 1 1 1 1 0733 4614 0000

(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar und werden dem Spender zertifiziert.)



Office de la surveillance de l'accessibilité des produits et services (OSAPS)

Neue Aufsichtsbehörde zur Umsetzung einer barrierefreien Gesellschaft

Seit Ende Juni sind die EU-Mitgliedstaaten infolge einer EU-Richtlinie dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass eine Reihe von Produkten und Dienstleistungen den Anforderungen der Barrierefreiheit gerecht werden. In Luxemburg wurde mit dem „Amt zur Überwachung des barrierefreien Zugangs zu Produkten und Dienstleistungen“ (OSAPS) eine neue Verwaltung ins Leben gerufen, die die konkrete Umsetzung dieser Direktive begleitet und überwacht.

Laut der letzten Volksbefragung lebt rund ein Fünftel der luxemburgischen Bevölkerung mit einer Behinderung. Mehr als 99.000 Einwohner sind also davon betroffen. Trotz zahlreicher Bemühungen, diesen Menschen den Alltag so weit wie möglich zu vereinfachen, ist die Barrierefreiheit nach wie vor kein Selbstläufer.

Inzwischen haben 192 Staaten die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen unterzeichnet. Nichtsdestotrotz gilt kein Land der Welt als völlig barrierefrei. Manche Produkte und Dienstleistungen, die zum festen Bestandteil des täglichen Lebens gehören, bleiben Menschen mit Behinderungen weiterhin verwehrt oder können nur bedingt in Anspruch genommen werden. Sich nach der Ankunft des nächsten Busses erkundigen, Internetbanking

betreiben, Online-Käufe erledigen oder Geld am Automaten abheben, all das kann für behinderte Personen beschwerlich sein. Immer wieder stoßen die Betroffenen an ihre Grenzen.

In Luxemburg wurde mit dem Gesetz vom 8. März 2023 zur Verbesserung der Barrierefreiheit der sogenannte „European Accessibility Act“ in nationales Recht umgesetzt. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass insbesondere digitale Produkte und Dienstleistungen so entworfen werden, dass sie für alle Menschen zugänglich sind, unabhängig davon, ob die Kunden im vollen Besitz ihrer Fähigkeiten sind oder körperliche bzw. geistige Einschränkungen haben. Das Hauptziel besteht darin, allen Bürgern die gleichen Chancen zu bieten und somit das Leben eines jeden Einzelnen zu vereinfachen.

Der Anwendungsbereich des entsprechenden Gesetzes ist äußerst vielfältig. Bei den Produkten sind vorwiegend elektronische Geräte gemeint, die den Zugang zu audiovisuellen Diensten gewährleisten, wie Laptops, Smartphones, Tablets, Smart-TVs... Auch Zahlungsterminals, Geld-, Fahrkarten- und Check-in-Automaten müssen die barrierefreien Anforderungen erfüllen.

Bei den Dienstleistungen liegt der Schwerpunkt u.a. beim Online-Handel, beim E-Banking und bei Reservierungssystemen (Personentransport, Hotels, Restaurants...). Das Gesetz betrifft auch Apps, Webseiten, Telekommunikationsdienste sowie die Notrufnummern 112 und 113. All diese Bereiche müssen so gestaltet werden, dass sie für jeden zugänglich sind.

Verständnis für neue Verpflichtungen

Spätestens seit dem Inkrafttreten des „European Accessibility Act“ ist die Barrierefreiheit kein Nischenthema mehr. Um die konkrete Umsetzung dieser EU-Richtlinie zu begleiten, wurde im vergangenen Juni das „Amt zur Überwachung des barrierefreien Zugangs zu Produkten und Dienstleistungen“ (OSAPS) ins Leben gerufen. Eine der Kernaufgaben dieser neuen Verwaltung ist es, dafür zu sorgen, dass die barrierefreien Vorschriften bei den hierzulande angebotenen Produkten und Dienstleistungen eingehalten werden.

Das OSAPS ist dazu befugt, Kontrollen durchzuführen. In den ersten drei Monaten wurden rund 30 Dossiers eröffnet. Bei der Überprüfung ist es jedoch nicht jedes Mal möglich, in die Tiefe zu gehen. In erster Linie stützt sich das OSAPS auf die Angaben der Unternehmen. In Zweifelsfällen wird eine Kontrolle durchgeführt.

Im Falle einer Nichtkonformität legt das OSAPS eine Frist fest, innerhalb derer das Problem behoben werden muss. Bleibt jedoch das betreffende Unternehmen unnachlässig, kann die zuständige Aufsichtsbehörde eine Sanktion verhängen (siehe Kasten, Seite 13).

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen stellt nicht nur ein Zeichen von Menschlichkeit dar. Sie ist auch

von wirtschaftlichem Nutzen. Laut den Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO kann eine mangelhafte Integration der behinderten Mitbürger dazu führen, dass beim Bruttoinlandsprodukt eines Landes Einbußen von bis zu 7 % entstehen.

Mit der oben erwähnten EU-Richtlinie werden also erstmals private Unternehmen und die öffentlichen Akteure in die Verantwortung genommen. Die Einführung neuer Verpflichtungen löst im Regelfall keine Begeisterung aus, in diesem konkreten Fall zeigen jedoch beide Seiten ein großes Verständnis. Sie sehen die Notwendigkeit für mehr Barrierefreiheit ein, bestätigt OSAPS-Direktor François Engels gegenüber „fonction publique.“ Ohne die erforderlichen Anpassungen könnten die Unternehmen ja auch mindestens 15 % ihrer Kundschaft verlieren. Hinzu kommt, dass die Internet-Suchmaschinen barrierefrei gestaltete Webseiten schneller erkennen, da die Algorithmen die überarbeitete Struktur aufnehmen.

Unterstützung für Unternehmen

Immer wieder stellt sich jedoch heraus, dass manche Unternehmen nicht über das notwendige Know-how oder die erforderlichen Fachkräfte verfügen, um die Barrierefreiheit fortlaufend zu berücksichtigen. Oft tauchen dabei dieselben Probleme auf, die allerdings meistens schnell zu beheben sind.

Das „Amt zur Überwachung des barrierefreien Zugangs zu Produkten und Dienstleistungen“ steht insbesondere kleineren Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite, um ihnen dabei zu helfen, ihre Produkte und Dienstleistungen zugänglicher zu machen. In diesem Sinne werden Leitlinien und Mikroausbildungen auf der Internetseite www.osaps.lu angeboten.

Damit ein Produkt oder eine Dienstleistung gesetzeskonform ist, müssen mehrere Kriterien erfüllt werden. So müssen z.B. die jeweiligen Funktionen ohne körperliche Fähigkeiten abrufbar sein. Zudem müssen die Informationen auch für Menschen mit geistigen Einschränkungen einleuchtend und verständlich sein.



Das „Amt zur Überwachung des barrierefreien Zugangs zu Produkten und Dienstleistungen“ (OSAPS) hat seinen Sitz in der rue Robert Stumper in Luxemburg-Gasperich.

Stimmt ein Produkt oder eine Dienstleistung nicht mit dem Gesetz überein, muss das betreffende Unternehmen eine Erklärung zur Nichtkonformität beim OSAPS abgeben. Um eine Nichtkonformität zu erfassen, muss eine interne Bewertung durchgeführt werden. Neben der Erstellung eines Registers wird ein Plan mit Korrekturmaßnahmen aufgestellt.

In einzelnen Fällen werden Unternehmen Ausnahmen gewährt. Gesetzliche Abweichungen sind z.B. möglich, wenn die barrierefreie Anpassung einer Dienstleistung unverhältnismäßig hohe Kosten nach sich ziehen würde. Das OSAPS überprüft, ob die Ausnahmen zufriedenstellend begründet sind oder nicht.

Kleinstunternehmen mit weniger als 10 Arbeitnehmer und einem Jahresumsatz von höchstens 2.000.000 Euro müssen bestimmte Dienste nicht barrierefrei gestalten. Die Konformität hat aber erhebliche wirtschaftliche Vorteile.

Die Unternehmen können unter gewissen Umständen auch eine finanzielle Hilfe für die Konformitätsanpassungen beantragen. Der Hersteller ist verantwortlich dafür, dass seine Produkte konform sind. Ein Großteil der Produkte, die von der EU-Richtlinie betroffen sind, werden im Ausland hergestellt. Die Fabrikanten müssen prüfen, ob sie im Herstellerland eine finanzielle Unterstützung in Anspruch nehmen können.

Was den digitalen Bereich betrifft, gibt es u.a. im Wirtschaftsministerium Finanzhilfen für kleine Betriebe, die nur dann ausbezahlt werden, wenn die Zugänglichkeit gewährleistet ist. Zudem gibt es auch noch regionale Hilfen. Hier rät OSAPS-Direktor François Engels den Unternehmen, sich bei ihren Berufskammern und Verbänden zu informieren.

Ein permanenter Ansprechpartner

Stößt man als User auf ein Problem, das einem die Verwendung eines Produktes oder den Zugriff auf eine Dienstleistung verweigert, kann man sich an das OSAPS wenden. Sowohl Privatpersonen als auch Vereinigungen können diesbezüglich ein Online-Formular bei Guichet.lu ausfüllen oder das Problem schriftlich schildern, entweder per E-Mail (signal@osaps.etat.lu) oder per Brief (OSAPS, 11, rue Robert Stumper, L-2557 Luxembourg).

Dabei ist es wichtig, eine E-Mail-Adresse oder Telefonnummer zu hinterlassen und den Namen der betreffenden Homepage oder der App anzugeben. Neben einer kurzen Beschreibung der

Problematik können auch Fotos oder Dokumente beigefügt werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, ein Foto von dem nicht konformen Produkt per Whatsapp (621 840 598) an das OSAPS zu schicken.

Aufgrund der eingeschalteten Lokalisierung kann die Behörde das entsprechende Produkt sofort orten. Auch im

Bereich der Sensibilisierung leistet das OSAPS wertvolle Arbeit. Die Bürger und Unternehmen werden über ihre Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit in Kenntnis gesetzt. Auf Anfrage nimmt die Aufsichtsbehörde auch an Informationsveranstaltungen teil.

Diese Aufklärungsarbeit ist von größter Bedeutung. Der Mehraufwand, der

durch die Barrierefreiheit entsteht, ist eine Investition in die Zukunft, die sich bezahlt macht. Langfristig gesehen schafft eine barrierefreie Welt einen Mehrwert für alle. Die verstärkte Einbindung von Menschen mit Behinderungen führt zu Lösungen, aus denen alle einen Nutzen ziehen.

Max Lemmer

Fünf Fragen an François Engels, Direktor des OSAPS

fp: Wie steht Luxemburg im internationalen Vergleich, was die Barrierefreiheit betrifft?

François Engels (FR): Zurzeit liegen keine vergleichenden Statistiken vor. Dies wird sich hoffentlich jetzt, wo die betreffende EU-Richtlinie in Kraft getreten ist, ändern. Aufgrund der ersten Erfahrungen, die wir gesammelt haben, würde ich sagen, dass sich Luxemburg auf dem richtigen Weg befindet. Es besteht allerdings noch viel Luft nach oben, sowohl im Privatsektor als auch im öffentlichen Dienst.

fp: Ist Ihre junge Verwaltung gut genug aufgestellt, um die Herausforderungen zu meistern?

FR: Das OSAP verfügt zurzeit über fünf Mitarbeiter. Ein weiterer Posten, der bewilligt wurde, ist noch nicht besetzt. Wir haben es mit einer äußerst komplexen und technischen Materie zu tun. Von daher ist es schwierig, Mitarbeiter mit dem erforderlichen Profil zu finden. Oft müssen deshalb die Kenntnisse durch interne Ausbildungen bzw. durch „Learning by doing“ erlernt werden. In einem kleinen Team ist es jedoch nicht immer einfach, neben der eigentlichen Mission Mitarbeiter auszubilden. Aus diesem Grund wäre es kontraproduktiv, wenn das OSAPS zu schnell wachsen würde.

Der Personalbedarf hängt auch von der Anzahl der Hinweise ab, die wir erhalten. Wenn wir uns selbst mit einer Angelegenheit befassen, können wir den Arbeitsaufwand so steuern, dass wir mit den verfügbaren Mitarbeitern auskommen. Sollten wir jedoch mit vielen Anfragen konfrontiert werden, wird es schwierig sein, unsere gesetzlich festgelegten Missionen unter den aktuellen Umständen zu erfüllen. Ich würde

mir deshalb künftig eine Personalaufstockung wünschen, ohne jedoch, wie gesagt, allzu schnell zu wachsen.

fp: Bei nicht konformen Unternehmen, die sich nicht kooperativ zeigen, kann das OSAPS Sanktionen verhängen. Wie sieht der Strafkatalog aus?

FR: Ich möchte zunächst betonen, dass die Aufgabe des OSAPS nicht darin besteht, Strafen auszusprechen, sondern die Zugänglichkeit zu verbessern. Stellt sich jedoch heraus, dass ein Unternehmen nicht kooperativ ist, leitet das OSAPS Sanktionen ein. Die Folgen können schwerwiegend sein. Neben administrativen Sanktionen in Höhe von bis zu 15.000 Euro kann das OSAPS auch den Entschluss fassen, nicht konforme Produkte oder Dienstleistungen für eine bestimmte Zeit vom Markt nehmen zu lassen. Darüber hinaus können auch strafrechtliche Sanktionen von bis zu einer Million Euro vor Gericht beschlossen werden.

fp: Neben dem Privatsektor muss auch in einzelnen Bereichen des öffentlichen Dienstes sichergestellt werden, dass die Dienstleistungen den Anforderungen der Barrierefreiheit gerecht werden. Findet ein regelmäßiger Austausch zwischen dem OSAPS und dem Centre des technologies de l'information de l'État (CTIE) statt?

FR: Wir stehen mit dem CTIE und mit dem Digitalisierungsministerium im permanenten Kontakt. Dabei prüfen wir, welche Initiativen bzw. Schritte zugänglicher gemacht werden können. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, dass die Verantwortung nicht nur beim CTIE und dem betreffenden Ministerium liegt. Jede öffentliche Struktur und Verwaltung (einschließlich der Gemeinden) muss ihren Verpflichtungen nachkom-



men. Sie können die Verantwortung nicht an andere abgeben.

fp: Jeder Bürger kann Kontakt mit dem OSAPS aufnehmen, um ein Problem in puncto Barrierefreiheit zu melden. Werden Sie oft angesprochen?

FR: Zurzeit werden wir vorwiegend von Unternehmen kontaktiert, die Hilfe brauchen oder nicht konform sind. Unsere Aufgabe ist es, zu überprüfen, ob die Pläne zur Konformität realistisch sind oder nicht. Das OSAPS wird auch gelegentlich von Privatpersonen kontaktiert. Diese Anfragen, die wir prioritär behandeln, halten sich jedoch in Grenzen. Das ist einerseits gut, da wir somit trotz der dünnen Personaldecke über genügend Zeit verfügen, um die Unternehmen zu unterstützen, gesetzeskonform zu werden. Andererseits sind wir jedoch auch für die Bürger da. Sie sind es, die tagtäglich mit Problemen konfrontiert sind. Da wären wir froh zu wissen, wo diese Hindernisse entstehen.

ml



La CGFP et le Syndicat des P&T ont procédé le 25 septembre, dans le cadre d'un échange fructueux, à un tour de table sur les dossiers d'actualité. Les discussions ont également porté sur les prochaines étapes communes.

Il a été constaté avec regret que certains points de la médiation conclue en 2016 au sein de la Poste n'ont toujours pas encore été mis en œuvre. La CGFP et le Syndicat des P&T ont insisté sur le fait que des mesures à cet égard doivent être prises d'urgence.

Des critiques ont également été formulées concernant le transfert d'activités principales de la maison mère à des sociétés privées. Il convient de lutter contre cette tendance. L'État doit garder le contrôle dans des domaines aussi sensibles que le secteur de la communication, afin de garantir la sécurité.

Un autre sujet abordé était la création d'établissements publics. La CGFP et le Syndicat des P&T insistent pour que les postes y soient principalement pourvus par des agents relevant du statut public.

ml

Échange de vues entre la CGFP et le Syndicat des P&T





dbb-Bundesvorsitzender Volker Geyer auf Arbeitsbesuch in Luxemburg

Volker Geyer, der im Juni als Bundesvorsitzender des „dbb Beamtenbund und Tarifunion“ die Nachfolge von Ulrich Silberbach antrat, befand sich am vergangenen 20. Oktober auf Antrittsbesuch in Luxemburg. Der dbb, der als große Interessenvertretung für Beamte sowie Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor mehr als 1,3 Millionen Mitglieder zählt, pflegt seit Jahren ausgezeichnete Beziehungen zur CGFP.

Beide Dachorganisationen gehören zu den Gründungsmitgliedern der „European Confederation of Independent Trade Unions“ (CESI), deren Geschicke seit 2012 von CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und CESI-Generalsekretär Klaus Heeger geleitet werden. Volker

Geyer, ein anerkannter und erfahrener Gewerkschafter, wurde im Dezember 2024 zum CESI-Vizepräsidenten gewählt. Die CESI nimmt seit vielen Jahren die Rolle eines wichtigen Ansprechpartners der Europäischen Kommission und anderen europäischen Institutionen ein.

Auf der Agenda der Arbeitsvisite des dbb-Bundesvorsitzenden stand zunächst ein Treffen mit Serge Wilmes, dem Minister des öffentlichen Dienstes. Nach einem gemeinsamen Arbeitsessen, an dem Vertreter der CGFP, der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ und des dbb teilnahmen, fand ein fruchtbarer Austausch in den Räumlichkeiten der Berufskammer aller Staatsbediensteten statt.

Reformen im Sinne der Beschäftigten

Erörtert wurden unter anderem die aktuellen Herausforderungen, mit denen sich der öffentliche Dienst zurzeit in Luxemburg und in Deutschland konfrontiert sieht. Wie kann der Staatsdienst in Zeiten knapper Ressourcen und steigender Anforderungen gestärkt werden? Diese Frage und andere zentrale Themen – darunter die Digitalisierung und der in manchen Bereichen spürbare Fachkräftemangel – wurden im Rahmen der Stippvisite angeschnitten.

Es wurde ein klares Bekenntnis zu einer gerechten Lohnpolitik, zu modernen und fairen Arbeitsbedingungen sowie zu einem leistungsstarken, attraktiven und gut ausgestatteten öffentlichen Dienst

abgelegt. Der Staatsdienst bilde das Rückgrat der Gesellschaft, hieß es. Eine angemessene Bezahlung und Planungssicherheit seien die Grundvoraussetzung für gut funktionierende Staatsverwaltungen. Investitionen in Personalpolitik und Ausbildung sollten nicht als bloße Ausgaben, sondern als Beitrag zur Zukunftssicherung verstanden werden.

Ein besonderes gemeinsames Anliegen der CGFP und des dbb ist der Schutz des Sozialdialogs. An die Politik geht der Appell, Reformen zu vermeiden, die einseitig zulasten der Beschäftigten ausfallen. Strukturveränderungen zeigen ihre volle Wirkung, wenn sie im Dialog mit den Sozialpartnern ausgearbeitet werden – dies im Zeichen des gegenseitigen Respekts. Nur so kann das Vertrauen der Bürger*innen bewahrt werden. **ml**

Loyer mensuel
2.300 €
/ mois
toutes charges incluses

À louer : local de bureau de 76 m², idéalement situé sur la route de Longwy à Luxembourg-Merl, à proximité d'une zone industrielle et de toutes commodités. Aménagé avec soin, il convient parfaitement à l'installation d'une profession libérale ou d'une petite structure dynamique (avocat, kinésithérapeute, start-up, etc.).

Le bureau se trouve au rez-de-chaussée d'un immeuble indépendant, propre et bien entretenu.

POINTS FORTS :

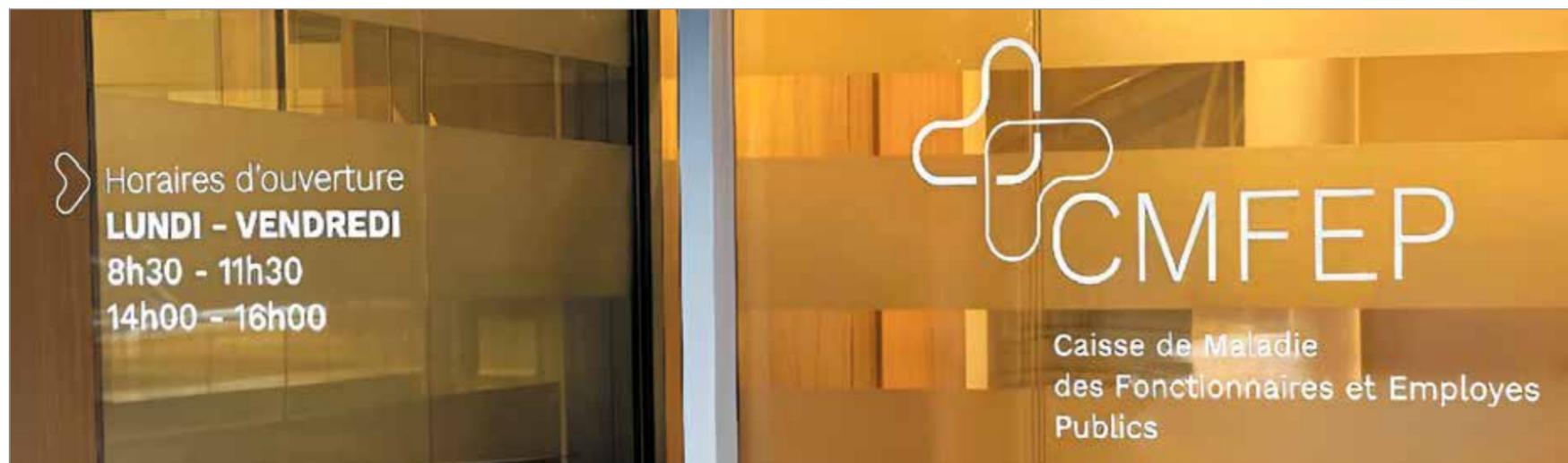
- Accessibilité 7 j/7 et 24 h/24
- 1 emplacement de parking extérieur, inclus dans le loyer
- Connexion internet haut débit, inclus dans le loyer
- Frais d'électricité inclus dans le loyer
- Disponible immédiatement



CONDITIONS DE LOCATION :

- Loyer mensuel : 2.300 €, toutes charges incluses
- 3 mois de garantie locative
- Bail commercial

Pour tout renseignement complémentaire, veuillez nous contacter au tél. 2648 27271.



Déménagement de la CMFEP : un nouveau chapitre pour un patrimoine historique

La Caisse de maladie des fonctionnaires et employés publics (CMFEP) a entamé un important changement : après presque 70 ans passés dans son siège historique situé au 32, avenue Marie-Thérèse à Luxembourg-ville, l'institution a décidé de déménager dans de nouveaux locaux. Ce départ est motivé par la nécessité de réaliser d'importants travaux de rénovation sur le bâtiment actuel, qui est devenu insuffisant pour répondre aux normes modernes de sécurité et d'accessibilité.

Un patrimoine historique au service de la sécurité sociale

La CMFEP a acquis ce bâtiment du XIX^e siècle il y a près de 70 ans, grâce aux fonds collectés auprès des cotisants de l'époque, afin d'en faire son siège administratif. Depuis lors, il est devenu un symbole de l'engagement de la Caisse envers les fonctionnaires et employés publics du pays. Témoin de l'évolution des missions de la CMFEP au fil des années, l'immeuble a abrité les bureaux administratifs, les guichets de services et les différents services de gestion destinés à ses assurés sociaux, tout en restant un point de repère dans la ville de Luxembourg.

Aujourd'hui classé au patrimoine culturel national, le bâtiment a permis à la CMFEP de ne pas payer de loyer depuis son acquisition, offrant ainsi un atout financier considérable à l'institution pendant des décennies.

La décision de déménager : une nécessité

Avec le temps, le bâtiment a révélé plusieurs défis structurels : des problèmes d'humidité dus à l'absence de drainage autour de l'immeuble, des préoccupations concernant la sécurité incendie et la non-conformité aux normes d'accessibilité pour les personnes à mobilité réduite.

Après plusieurs rapports d'experts et de consultations, il est apparu évident que des travaux de rénovation d'envergure étaient nécessaires pour garantir la sécurité du bâtiment et le mettre en conformité avec les exigences légales actuelles. Or, ces rénovations se chiffraient à plusieurs millions d'euros.

Face à ces enjeux, la décision a été prise de déménager provisoirement dans les locaux sis au 47, boulevard Prince Henri, permettant ainsi de continuer à offrir des services de qualité à tous les assurés sociaux sans interruption.

Un immeuble, plusieurs questions

Le déménagement d'une institution peut à première vue sembler anodin, mais il n'en est rien. En effet, plusieurs interrogations se posent :

- la rénovation de l'immeuble est-elle rentable ou même souhaitable ?
- ne serait-il pas plus judicieux de vendre ce bien ?
- ne faudrait-il pas plutôt rejoindre la Cité de la sécurité sociale et ainsi se

rapprocher des autres institutions de la sécurité sociale (ISS) ?

Comme déjà évoqué, la rénovation du bâtiment représenterait un coût élevé, financé par l'assurance maladie commune à toutes les caisses. Dans un contexte de crise, une telle dépense ne peut être considérée à la légère et sans une analyse approfondie.

Cependant, bien que le coût des rénovations de l'immeuble de l'avenue Marie-Thérèse puisse sembler élevé, il ne faut pas oublier que le bâtiment a permis à la CMFEP de faire des économies en loyers pendant un temps considérable et a ainsi constitué un avantage durable pour la collectivité.

Enfin, au-delà de l'aspect financier, cet immeuble symbolise un héritage collectif, issu de générations de cotisants. Sa vente représenterait une perte sèche pour la CMFEP, puisque les fonds reviendraient dans les fonds communs et non dans les réserves propres de l'institution.

Un retour ou un départ définitif ?

La question de la potentielle rénovation de l'immeuble soulève un autre débat : étant donné que la CMFEP devait trouver d'autres locaux définitifs de toute manière, ne faudrait-il pas profiter de l'occasion pour rejoindre la plupart des autres ISS dans les locaux de la Cité de la sécurité sociale dans le quartier de la gare ?

Ces locaux sont non seulement plus modernes, mais aussi complètement adaptés aux besoins d'une caisse de maladie et très bien situés pour l'accessibilité de tous les assurés. Sans parler du fait qu'a priori un tel rapprochement permettrait de créer des synergies avec les autres ISS.

Mais qui dit synergies, dit aussi risque de fusion

Actuellement, l'indépendance de la CMFEP est garantie par la loi et renforcée par son implantation géographique séparée de la Caisse nationale de santé (CNS). Or, un rapprochement physique dans la Cité de la sécurité sociale pourrait nourrir l'idée d'une fusion future des caisses.

Certes, si un jour la volonté politique de créer un statut unique devait s'imposer dans le futur, la distance géographique ne serait probablement pas un obstacle déterminant. Mais faut-il pour autant faciliter un tel scénario en effaçant la séparation actuelle ? Après tout, ne dit-on pas que l'occasion fait le larron ?

Dans tous les cas, la CGFP s'oppose formellement à un tel projet.

L'avenir du bâtiment du 32, avenue Marie-Thérèse et des futurs locaux de la CMFEP ne se résume pas à un simple choix immobilier. Pour la CMFEP, il pourrait engendrer des évolutions inattendues, voire irréversibles, dont l'impact dépasserait largement les murs de son siège historique.

Béliza Mendes



La Caisse de maladie des fonctionnaires et employés publics (CMFEP) a déménagé depuis le 23 juillet 2025. Son équipe vous accueille désormais au 47, boulevard Prince Henri, L-1724 Luxembourg.

VOLVO



La Volvo EX30 Business Edition. Poussée par l'ambition, comme vous.

Ce SUV compact, 100% électrique, est conçu pour ceux qui ont une longueur d'avance. Généreusement équipée, la Volvo EX30 Business Edition est fabriquée avec fierté en Belgique. À partir de 28.960 € HTVA.*

Essayez-la chez votre distributeur Volvo.

17,0 - 19,0 KWH/100 KM | 0 G CO₂/KM (WLTP)

 DONNONS PRIORITÉ À LA SÉCURITÉ.

Contactez votre distributeur pour toute information relative à la fiscalité de votre véhicule. Modèle présenté à titre illustratif, avec des options payantes. *Prix net et remise calculés pour la EX30 Single Motor Core Business Edition. Prix catalogue recommandé : 34 983,47 €. Prix hors TVA. Offre réservée aux professionnels, valable jusqu'au 30/09/2025. Informations environnementales (A.R. 19/03/2004) : www.volvocars.lu

Trounwiessel mam Léa Linster

Den 3. Oktober 2025 war ee besonneschen Dag fir eist Land an an engems och fir d'Kantin vun der Fonction publique.

Am Kader vun de Festivitéiten zum Trounwiessel gouf nämlech, op Initiativ vum groussherzoglechen Haff, decidéiert, déi trei Clienten och e bëssen a festlech Stëmmung ze bréngen ë.a. mat engem feierlechen Trounwiessel-Menü.

Inspiréiert vum groussherzogleche Galadinner am Palais goufen, am festlech dekoréierte Sall, nieft Saumon-Carpaccio, eng Kallefsbrëschtche mat Champignonszooss zerwéiert an als Dessert e Mango-Bavarois-Royal proposéiert.

Ganz grous gekuckt hunn d'Kantinesclienten, wou si vun der wuel bekanntster

Lëtzebuenger Stärkächen Léa Linster eng vun hire berüümte, nach wotleche, Madeleinë perséinlech iwwerreecht kruten. D'Léa Linster, déi als „Marraine“ vum Trounwiessel un där Aktioun associéiert war, hat drop bestanen all Gaascht esou eng Madeleine ze schenken.

Kiischt um Kuch: Obschonns keng besonnesch Annonce fir deen Dag gemaach gouf, war et e grouse Succès, wat een dann och an den zefriddene Gesichter vun de Gäschtkonnten erkennen.

Dem groussherzoglechen Haff an dem Léa Linster sief dann hei och nach eemol Merci gesot fir déi flott a ganz wëllkomm Initiativ.



Kulinareschen Highlight an der Kantin vun der Fonction publique: D'Stärkächen Léa Linster mat der Direktesch Nadine Wilwo.

WERDEN SIE NOCH HEUTE MITGLIED!

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG



Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.



Eis Selektioun vum Mount

Ze verkafen



Haus zu Olm
1 398 000 €



Appartement zu Märel
1 198 000 €

Ze verlounen



Haus zu Réiser
3 400 €



Appartement zu Hollerech
1 700 €



4 Bureauen, 128 m², 3te Stack
11, bvd. Royal
4 300 € (sous-location aut.)

Fir weider Informatiounen :
+352 26 67 22 86
+352 621 29 79 59
christian.eilert@primushome.lu

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/services/afas>

AFAS CGFP
Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.

REVENUS DE LOCATION

EINKÜNFTE AUS VERMIETUNG

REVENUS DE LOCATION

ZU DEN EINKÜNFTEN AUS VERMIETUNG
GEHÖREN U.A.:



- Die Mieterträge aus Immobilien
- Die Mieterträge aus beweglichen Gütern (z.B. Wohnmobil)
- Der Wohnwert einer Wohnimmobilie
- Die Pacht aus unbebauten Grundstücken

Dies gilt nur insofern die Mieterträge nicht innerhalb eines Gewerbebetriebs erzielt wurden!

Die wohl am häufigsten vorkommende Art von Mieterträgen ist jene betreffend den Wohnwert einer Wohnimmobilie, weshalb diese denn auch in dieser Ausgabe beleuchtet wird.

DER WOHNWERT DER WOHNIMMOBILIE

- Dieser fiktive und pauschale Wohnwert wird dem Eigentümer einer von ihm selbst bewohnten Wohnung in Rechnung gestellt.
- Basis: Einheitswert der Wohnung
- Steuersatz: 0 %
- Aktuell beträgt der Eigenwohnwert demnach immer 0 €

Wozu dann überhaupt einen Eigenwohnwert aufstellen?

- Von diesem Wohnwert von 0 € dürfen Zinsen abgezogen werden, die im Zusammenhang mit der Anschaffung, dem Ausbau oder der Gebäuderenovierung stehen.
- Das Gesetz sieht Maximalbeträge für den Schuldzinsenabzug vor.

AB WELCHEM ZEITPUNKT
WIRD DER EIGENWOHNWERT ANGERECHNET?



Ab Verfügbarkeit für den Besitzer

- Die Verfügbarkeit ist prinzipiell bei der Besitzübernahme oder zu einem späteren Zeitpunkt gegeben, insofern die notarielle Urkunde dies festhält. Beispiel: der vorherige Besitzer kann die Immobilie nicht sofort verlassen, da dessen neue Wohnung noch nicht bezugsfertig ist.

DER ZUSTAND DER IMMOBILIE KANN
EINE SOFORTIGE VERFÜGBARKEIT VERHINDERN
UND SOMIT DIE FESTSETZUNG
DES EIGENWOHNWERTS AUFHALTEN:



- In dem Fall ist der Zeitpunkt der Verfügbarkeit in dem Moment, wo die Immobilie bewohnt werden könnte. Dafür müssen nicht alle kleinen Arbeiten abgeschlossen sein.
- Dies gilt auch umgekehrt: Das Erledigen kleinerer Arbeiten wie Anstrich, Ergänzen der elektrischen Anlage, Ersetzen einzelner Elemente verhindert die Verfügbarkeit als Wohnung nicht.

DER UNBEGRENZTE SCHULDZINSENABZUG

Dieser gilt:

a) vor Festsetzen
des Eigenwohnwerts

b) im Jahr des Festsetzens des Eigenwohnwerts (Jahr 1) und im darauffolgenden Jahr (Jahr 2)
(Diese Regel gilt ab Steuerjahr 2024)



Integraler Abzug der Schuldzinsen und anderer Finanzierungskosten wie Bankprovisionen (commissions bancaires) und notarielle Urkunde des Hypothekendarlehens (acte notarié du prêt hypothécaire)

DER BEGRENZTE SCHULDZINSENABZUG

Ab Jahr 3 beginnt der begrenzte Schuldzinsenabzug:

Jahr 3: 4.000 €

Jahr 4: 4.000 €

Jahr 5: 4.000 €

- Für die nächsten 5 Jahre beträgt die Obergrenze der abziehbaren Schuldzinsen 3.000 €
- Für die darauffolgenden Jahre bleibt es bei 2.000 €



- Der Maximalbetrag wird pro Person im steuerlichen Haushalt gewährt; dabei zählen Kinder genauso wie Erwachsene.
- Ein Ehepaar mit drei Kindern kann demnach bei Zusammenveranlagung bis zu 5 x 4.000 € d.h. 20.000 € Schuldzinsen abziehen, je nachdem ab wann die Wohnung verfügbar war.

DURCH DEN SCHULDZINSENABZUG ENTSTEHEN NEGATIVE EINKÜNFTE AUS VERMIETUNG

- Der pauschale Eigenwohnwert beträgt immer 0 €.
- Von diesem Eigenwohnwert werden die Schuldzinsen abgezogen.
- Es entsteht ein negativer Betrag, eine negative Einkunft aus Vermietung.
- Die negativen Einkünfte aus der Vermietung werden mit anderen positiven Einkünften ausgeglichen, zum Beispiel mit den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit (revenu net d'une occupation salariée).
- Folge: Die Besteuerungsgrundlage verringert sich, somit sinkt auch die Steuer.

AUSNAHME:



Schuldzinsen im Zusammenhang mit Zweitwohnungen (résidence secondaire) sind vom Schuldzinsenabzug ausgenommen! Es bleibt stets beim Eigenwohnwert von 0 €

BEISPIEL:

- Die Eheleute Alice und Pierre leben mit ihrem Sohn Felix in einem neu erbauten Haus in Wilwerdingen.
- Das Haus wurde 2023 fertiggestellt und dient seit dem 15. September 2023 als Familienheim.
- Am 24. Dezember 2025 wird ihre Tochter Lucie geboren.
- Erfallene Schuldzinsen für das Jahr 2024: 24.444 €
- Erfallene Schuldzinsen für das Jahr 2025: 22.525 €

DARAUS ERGIBT SICH FOLGENDE SITUATION

Für das Steuerjahr 2024

- Betrag der Zinsen: 24.444 €
- Dieser Betrag ist integral abziehbar: Steuerjahr 2024 (=Jahr 2) folgt dem Jahr, in dem der Eigenwohnwert erstmal festgesetzt wurde (Fertigstellung des Hauses in 2023).
- Einkünfte aus Vermietung: -24.444 € (also -12.222 € pro Ehepartner)

Für das Steuerjahr 2025

- Betrag der Zinsen: 22.525 €
- Begrenzter Abzug der Schuldzinsen in 2025:
 - Basisbetrag: 4.000 €
 - Anzahl der Personen: 4
 - Maximalbetrag: 16.000 €
 - Einkünfte aus Vermietung: -16.000 € (also -8.000 € pro Ehepartner)



Scannen Sie diesen QR-Code, um zu sehen, wie man solche Situationen im Steuerklärungsformular (Formular 100) einträgt.



BHW Bausparkasse AG Luxembourg

Eigenheimfinanzierung durch Bausparen
mit Vorfinanzierung beim CGFP-Partner BHW

16, rue Érasme • L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info-lux@bhw.lu • www.bhw.lu



Absicherung der Familie im Todes- oder Invaliditätsfall durch
eine günstige Restschuldversicherung bei CGFP-Assurances

18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info@cgfp-assurances.lu • ☎ 27 04 28 01



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu sehr attraktiven Bedingungen

**Unschlagbares
Angebot**

für: Wohnungsbau/-kauf
Modernisierung
Grundstückwerb

mit: Sofortkredit
CGFP-Vorzugsdarlehen
Steuervorteilen

Lassen Sie sich
unverbindlich
beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden
oder QR-Code scannen:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg



Baukredit:
Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)

Baufinanzieren aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapielen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar. Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Schneller ins Wohneigentum als mit einem Fertighaus geht's nicht

QUELLE: WEBERHAUS GmbH & Co. KG

Moderne Fertighäuser auf dem Vormarsch

Ressourcensparende Baustoffe, moderne Technik und die zügige Bauweise machen Fertighäuser immer beliebter. Heute kommen 25 Prozent der neu gebauten Ein- und Zweifamilienhäuser direkt aus der Fabrik. Vor zehn Jahren waren es nur 15 Prozent.

Die Vorteile von Fertighäusern rücken zunehmend ins Blickfeld von Baufamilien, nicht nur wegen der ökologischen Bauweise vieler Hersteller. Das „Alles-aus-einer-Hand“-Prinzip sorgt für Termin- und Kostensicherheit. Nach Eintreffen auf dem vorgesehenen Grundstück wird das vorgefertigte Haus nach wenigen Tagen aufgebaut. Dieser Pluspunkt bietet Planungssicherheit.

Intelligenter Holzbau

Heute bestehen fast alle Komponenten eines Fertighauses – Dach, Wände, Decken – aus Holz. Auf Mörtel und Beton wird beim Verbinden der Bauteile verzichtet, wodurch die CO₂-Bilanz verbessert wird. „Wer sich für ein zertifiziertes Öko-Fertighaus entscheidet, kann sichergehen, dass es hohen Qualitätsanforderungen genügt und ausschließlich schadstoffgeprüfte Baustoffe eingesetzt werden“, sagt

Krzysztof Pompa von der BHW Bausparkasse. Zudem überzeugen die industriell vorproduzierten Bauten durch Energieeffizienz und innovative Haustechnik. Mit der wachsenden Qualität der Fertighäuser nimmt auch deren Wertstabilität zu. „Man sollte dennoch im Vertrag von einem Baujuristen prüfen lassen, ob Leistungsumfang, Termine oder auch Sonderwünsche korrekt fixiert sind“, empfiehlt Pompa.

Vom Mini- bis zum Reihenhaus

Auch beim Bau von Mehrfamilien- und Reihenhäusern wächst der Anteil serieller und modular hergestellter Gebäude. Im vergangenen Jahr lag dieser bei über acht Prozent. Innovativ sind die Hersteller nicht nur bei Baustoffen und Technik. Neue Bauformen sind im Kommen; Minihäuser von 50 bis 100 Quadratmetern Fläche, die preiswertes und innovatives Wohnen auf kompaktem Raum ermöglichen. Singles, junge Paare oder Senioren finden an dem minimalistischen Stil zunehmend Gefallen. Als Standard werden sogar Ausstattungs-Highlights wie Photovoltaik-Module oder Schiebetüren angeboten. Spätere An- und Ausbauten sind möglich – das Minihaus wächst mit.



Sichtschutz auf Knopfdruck

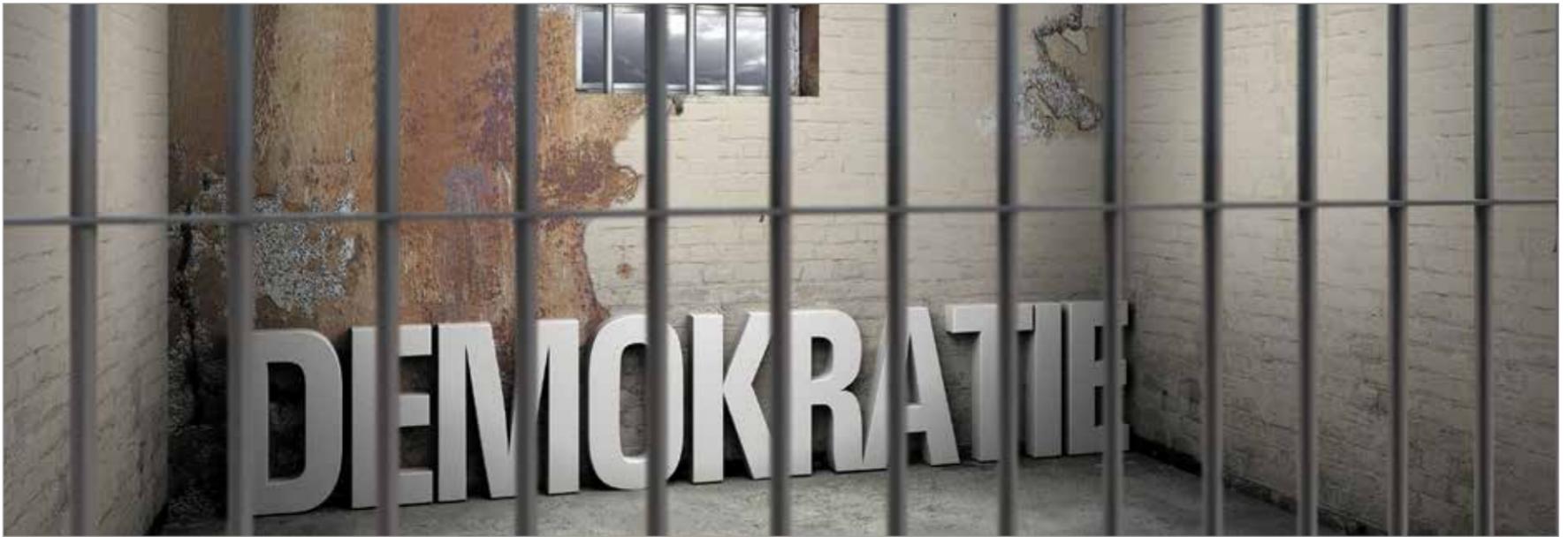
Räume mit großen Fenstern werden von Licht durchflutet. Dennoch will man in eng bebauten Gebieten unerwünschte Einblicke vermeiden. Neue Hightech-Gläser bieten jetzt Lösungen. Großzügige Fensterflächen sind beliebt, vor allem in Neubauten. Allerdings lockt eine Vollverglasung neugierige Blicke von draußen. Und die pralle Sonne heizt die Zimmer so auf, dass es unbehaglich werden kann. Als Schutz gegen diese Nachteile gibt es nun neue Hightech-Gläser. So funktioniert die Technologie: Das Fensterglas wird unter Spannung gesetzt. Integriert ist eine Flüssigkristallfolie, die die Lichtdurchlässigkeit der Scheibe reduziert – das

Glas wird milchig. Die Bewohner können den Effekt per Fernbedienung, Wandschalter oder App steuern und damit die gewünschte Privatsphäre in Wohnzimmer, Bad oder Schlafzimmer herstellen. „Hightech-Glas schafft ein modernes Wohnambiente, Rollläden oder Gardinen braucht man nicht mehr“, sagt Stefanie Binder von der BHW Bausparkasse. Das ausgeklügelte System hat seinen Preis. Die Kosten pro Quadratmeter inklusive Einbau liegen bei etwa 1.700 bis 2.000 Euro. Eine günstigere Alternative funktioniert ähnlich: schaltbare Folien, die man selbst auf die Scheibe kleben kann. Sie kosten rund 600 Euro pro Quadratmeter.



Hightech-Glas: Privatsphäre trotz großer Fensterfläche

QUELLE: REHAU WINDOW SOLUTIONS / BHW BAUSPARKASSE



Warum die Demokratie derzeit in Gefahr ist

Solide politische Meinungsunterschiede sind absolut keine Katastrophe, sondern ein unentbehrlicher Bestandteil einer freien und demokratischen Gesellschaft. Wenn sich aber der Extremismus zunehmend ausbreitet und in Exzesse ausartet, dann müssen wir uns Sorgen machen.

Gewiss! Nicht alle Unzufriedenheit – ob in der Welt, in Europa oder in unserem Land – wird angemessen vorgetragen und intelligent formuliert. Extremer Unmut in manchen Bereichen ist oft kaum oder gar nicht gerechtfertigt, und manche Forderungen sind nichts als Populismus. Ständig werden korrekte Anliegen von üblen Meinungsmachern ausgenutzt, um Unruhe zu stiften und vor allem um unbegründete und unsinnige Ängste zu schüren, damit das persönliche politische Süppchen am Köcheln bleibt. Benachteiligte sowie fragile Menschen und vor allem viele – sehr oft zurecht – Verunsicherte lassen sich dabei einschüchtern und radikalisieren.

Dies alles aber bedeutet keineswegs, dass unsere Gesellschaft diese sich ausbreitende Unzufriedenheit ungestraft hinnehmen darf. Und dabei reicht es nicht aus, wenn sich Parteien, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft aktiv gegen Hass, Fake News und politische Spindoktoren wehren. Ebenso wichtig ist es, dass sich der Staat ständig darum bemüht, erkennbare Missstände auszumerzen und bestehende Ungerechtigkeiten zu beheben.

Wir müssen uns unbedingt eine resolute Sozialpolitik leisten, was hierzulande dank der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung und der AAA-Budgetlage möglich ist. Die Sozialausgaben sind, genau wie die Erziehungskosten, in Wirklichkeit langfristige Zukunftsinvestitionen, denn sie stellen den Preis für sozialen Frieden, für politische Stabilität, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und für einen demokratisch funktionierenden Staat dar.

Populismus ist eine reale Gefahr, auch bei uns

Die Ereignisse der letzten Jahre in den Vereinigten Staaten, wie zuvor auch das Brexit-Debakel in Großbritannien, haben uns eindrucksvoll bewiesen, wie schnell sich politische Geschehen ereignen können, die man eigentlich für undenkbar hielt. Eine der Schwächen der Demokratie beruht darin, dass sie auf der – für uns unantastbaren – politischen Meinungsfreiheit beruht und dass diese sich – eventuell in einem enormen Ausmaß – subtil manipulieren lässt.

Auch in verschiedenen Ländern Kontinentaleuropas haben es radikale

„Rattenfänger“ mit unterschiedlichen Ideologien immer wieder geschafft, Bürgermehrheiten irreführen, indem sie den berechtigten Ärger „einfacher“ Menschen ausnutzen, um mit enormen Lügen ihren gesellschaftlichen Einfluss zu vergrößern und sich mit simplen und teils unsinnigen Lösungsvorschlägen als Retter der Nation aufzuspielen.

Dass die politische Meinungslage in Luxemburg weniger problematisch ist als in den Nachbarländern und in den Staaten der europäischen Peripherie, liegt nicht zuletzt daran, dass hier eine robustere Sozialpolitik durchgesetzt werden konnte und daher das „soziale Netz“ etwas engmaschiger ist, sodass dadurch die Misere in der ärmeren Bevölkerung in der Regel weniger ausgeprägt ist. Prinzipiell aber ist die gesellschaftliche Sachlage die gleiche, sodass sich die nämlichen Überlegungen aufdrängen.

Gelegentlich wird die Kinderarmut angesprochen sowie auch die akute Wohnungsnotlage. Diese sind jedoch schnell wieder vergessen, weil andere Schlagzeilen publikumswirksamer sind oder wichtiger erscheinen, etwa ein Juncker-Büro in Brüssel, die diesjährigen Ferienorte der Regierungsmitglieder, die Beliebtheitsrangliste der Spitzenpolitiker, die Bestimmungen der Bürgerpetitionen, die Burn-outs von Bürgermeistern oder die lokalen Kommunalpossen.

Ungenügende Umverteilung von oben nach unten

Dass in Luxemburg die Zahl der Obdachlosen und die Kundschaft der Suppenküchen und Cent-Läden letzthin stark zugenommen hat, hängt selbstverständlich damit zusammen, dass unser Min-

destlohn in jüngster Zeit weniger stark angepasst wurde als in anderen Ländern. Sofort nach den Wahlen und noch vor den Koalitionsverhandlungen und der Regierungsbildung wurde die Armutfrage recht spektakulär zur Top-Priorität erklärt, doch inzwischen ist die politische Realität schnell eine andere geworden. Das Patronat verschob die Dringlichkeit in Richtung Pensionsreform, obschon nach amtlichen Berechnungen die „Rentenmauer“ nicht vor dem Jahr 2047 erwartet wurde, dem Zeitpunkt, an dem die Reserven erschöpft sein sollen.

Ist es dann nicht normal, dass sich die Menschen, die nur mit größter Mühe jeden Monat finanziell über die Runden kommen, von der Presse und der Politik, ja von der gesamten Elite des Landes total veräppelt fühlen? Denn alle diese Mitbürger – und mit der Zeit werden es nicht weniger, sondern ständig mehr – haben zunehmend den Eindruck, dass sich unsere Oberschicht nicht um die menschlichen Schicksale und die Anliegen kümmern mag.

Ganz offensichtlich bringen wir weniger Energie für die ernstesten sozialen Notlagen auf als für die multiplen, unendlichen Debatten über Ämterhäufung, lokale Bauperimeter, Studien über historische Corona-Fehler, Wasserstoffautos, Fledermauskolonien, Orchideenvielfalt, Datenschutzdetails, Gendersternchen, Quoten für Verwaltungsräte, Verfassungsklagen, das Wohlbefinden von inhaftierten Übeltätern, das Wahlrecht für Grenzgänger und integrationsunwillige Einwanderer sowie das Streaming von parlamentarischen Kommissionssitzungen, Staatsschuldobergrenzen und entfernte Rentenmauern.

Immer mehr einfache Menschen fühlen sich „von denen da oben“ vergessen und verraten. Der wachsende politische Extremismus nährt sich nicht nur aus mangelhafter Kommunikation und bösartiger Propaganda, sondern auch aus einer unzureichenden Sozialpolitik.

Angesichts einer europaweit gefährdeten Demokratie muss der Kluft zwischen Arm und Reich entgegengewirkt werden. Die Menschenrechte sowie die Anliegen von Familien und Arbeitnehmern sind resolut vor der Macht des Kapitals und vor der turboliberalen Finanzgier zu schützen.

Die fehlende Empathie für die Minderbemittelten

So gerechtfertigt zumindest manche dieser Anliegen an sich sein mögen, die „richtig kleinen Leute“ (nebst vielen anderen) sehen darin in erster Linie ein Ablenkungsmanöver vom Handeln gegenüber ihrer tagtäglichen Not und den vielen Ungerechtigkeiten, denen sie sich ausgesetzt fühlen. Die gesamte politische Agenda und die von der Presse hochgespielten Prioritäten stellen für sie eine absolute Perversion dessen dar, was der gesunde Menschenverstand den politisch Verantwortlichen diktieren müsste. Sie haben das Empfinden, dass die wenig begünstigten Teile unserer Bürgerschaft regelrecht „abgeschrieben“, verraten und vergessen sind.

So werden die politischen Parteien zunehmend nicht mehr als Fürsprecher, sondern als Widersacher angesehen. Der Staat wird als eine „Unrechtsmaschine“ betrachtet. Dass diese Sichtweise an sich falsch ist, ändert jedoch nichts daran, dass sie sich zunehmend verbreiten kann, ohne dass die Führungsschicht es zur Kenntnis nimmt. Dies aber kann auf Dauer fatal werden.

Mit anderen Worten: Wir perfektionieren mit großem Einsatz die oberen Etagen einer Wohngemeinschaft, ohne uns um den desolaten Zustand ihrer Kellerräume zu kümmern. Dabei übersehen wir die Gefahr, dass deswegen das ganze Haus kollabieren könnte. Eine robuste Sozialpolitik ist somit kein bloßer Luxus, den man sich gelegentlich leistet, sondern eine Voraussetzung für eine auf Dauer gesicherte Demokratie.

Die Experten aller denkbaren Fachbereiche, welche den Regierenden darlegen, was wir alles noch effizienter, flexibler, nachhaltiger, politisch korrekter, marktgerechter und wirtschaftsfreundlicher gestalten könnten, erweisen sich deswegen am Ende oft doch nur als Fachidioten, in deren Blickfeld die wichtigsten gesellschaftspolitischen und sozialen Konsequenzen nicht auftauchen.

Soziale Anliegen nicht nur am unteren Gesellschaftsrand

Dabei gibt es ernste soziale Probleme – nicht nur in Bezug auf die Niedrigeinkommen. Vielmehr fühlen sich zigttausende Menschen vom Gesetzgeber vernachlässigt, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Arbeitswelt und dem Familienleben. Auf alle berechtigten Zukunftsängste können wir hier nicht eingehen. Es sei jedoch an die akute, real existierende Wohnungsnot erinnert, die Jugendliche bis in die Mittelschichten hinein betrifft.

Wenn es um Grundstückspreise, um Mieten und um Baukosten geht, stellt das erfolgreiche Agieren des Staates schon seit Langem nicht nur ein Sozialproblem, sondern auch ein volkswirtschaftliches Ärgernis dar. Denn hier gibt es inzwischen eine spürbare Schwachstelle für den Wirtschaftsstandort Luxemburg, da die Wohnkosten für zusätzliche Fachkräfte aus dem Ausland zu einer echten Wachstumsbremse geworden sind. Seit dreißig Jahren wird die unendliche Wohnungskrise immer wieder zur „Chefsache“ erklärt, ohne dass die sukzessiven Chefs bislang irgendeinen nennenswerten Erfolg verbuchen konnten.

Wenn nur elitäre Anliegen und Luxusdebatten das Geschehen beherrschen und auch die meinungsbildende „Zivilgesellschaft“ sich nicht stärker der Sorgen der verängstigten Menschen annimmt (auch jener, die sich unnützlich sorgen oder deren Lage selbst verschuldet ist), dann nährt sich täglich das tiefe Unverständnis für „die da oben“ mit ihren eigenen egoistischen Prioritäten.

Solche Zweifel an der staatlichen Politik und am gesellschaftlichen Zusammenhalt erfasst immer mehr Menschen der unteren Mittelschichten, die sich unfair als Verlierer des herrschenden Systems behandelt fühlen. Und dies erklärt mehr als alles andere die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in ganz Europa und in Übersee.

Der grundlegende Skandal, den man verschweigt

Dabei ist hier auch deutlich hervorzuheben, dass die wesentlichen Fakten der wirklichen Entwicklung totgeschwiegen und verschleiert werden, und dies keineswegs nur durch ultrakonservative und manipulierende Propagandisten. Die steigende Ungerechtigkeit ist nicht bloß gefühlt, sondern sie ist sehr real, weil die Schere zwischen Arm und Reich mit zunehmender Geschwindigkeit unaufhaltsam auseinanderklafft.

Unabhängige Experten haben eindeutig ermittelt, dass superreiche Milliardäre vor 40 Jahren 3 % des gesamten Reichtums der Erde besaßen. Heute aber befinden sich rund 15 % davon in deren Händen. In den letzten vier Jahrzehnten erreichte der jährliche Ertrag (nach Abzug der Preisentwicklung) auf den Supervermögen 7,5 %, gegenüber 3,2 % auf allen anderen Vermögen und dies bei einer durchschnittlichen Steigerung der Arbeitseinkünfte von nur 1,3 % pro Jahr.

Im Jahr 2024 hat sich das Vermögen der Milliardäre weltweit um 2.000 Milliarden erhöht. Täglich kamen 5,7 Milliarden hinzu. Das ist dreimal schneller als im Vorjahr. Jede Woche kamen vier neue Milliardäre dazu. Die Zahl der Menschen in Armut aber konnte in den letzten 35 Jahren nicht reduziert werden, bestätigt die Weltbank.

Vorgeschobene Sachzwänge, ohne sachliche Begründung

Selbstverständlich kann Luxemburg diese weltweite Fehlentwicklung weder bremsen noch beheben. Doch könnten wir vermeiden, mitzuhelfen, diesen bedenklichen Trend zu beschleunigen, wie es die gierigen Bonus-, Tantiemen- und Dividendenjäger fordern. Es ist einfach nicht hinnehmbar, dass sich unsere Regierung auf internationale Sachzwänge beruft, nämlich auf die notwendige Wettbewerbsfähigkeit unserer exportierenden Wirtschaft, um derzeit eine weitere Herabsetzung der Gewinnsteuern zu begründen. Nachdem der Anteil der Unternehmen an allen Einkommensteuern von 49 % im Jahre 2002 auf 25 % im Jahr 2023 geschrumpft ist (und der Anteil der Haushalte somit von 51 % auf 75 % angestiegen ist), müsste nun endlich Schluss mit dieser Politik sein.

Denn für eine solche Strategie können sich unser Staats- und unser Finanzminister nicht auf Fakten berufen, sondern sie hören nur auf verlogene Behauptungen der Lobbyisten. Das beweist unsere Leistungsbilanz, Gradmesser der Konkurrenzfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft. Deren Saldo hält fest, ob das Land mehr produziert als es verbraucht, also ob wir zusammen mehr leisten als verzehren.

Seit mehr als 50 Jahren überstiegen nämlich in Luxemburg die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen stets die Einfuhren. Kürzlich hat sich der Positivsaldo in einem beachtlichen Tempo noch stark verbessert. 2020 überwogen die Exporte die Importe um 3,2 Milliarden Euro (oder 4,9 % des BIP), 2024 dagegen erreichten sie 11,9 Milliarden (oder 13,8 % des BIP), wie aus der folgenden Aufstellung ersichtlich wird:

	2020	2021	2022	2023	2024
in Milliarden Euro	3,2	4,6	7,3	9,1	11,9
in % des BIP	4,9 %	6,5 %	9,4 %	11,2 %	13,8 %

Man versucht uns für dumm zu verkaufen

Dieser absolute historische Rekord unseres Landes ist eine weltweite Spitzenleistung. Luxemburg ist ein Paradies für die Unternehmen. Dies hat uns begrüßenswerterweise in den letzten 30 Jahren 300.000 zusätzliche Arbeitsplätze beschert. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 217.000 auf 517.000 Arbeitnehmer. Über alle Krisenzeiten hinweg betrachtet sind durchschnittlich 10.000 zusätzliche Jobs pro Jahr entstanden, wobei sich die Zahl der Grenzgänger sogar mehr als vervierfacht hat. Eine ähnliche Entwicklung kennt kein anderes Land in Europa.

Angesichts dieser Sachlage ist es ein übler Scherz, wenn Katastrophenanalysen verbreitet werden und Patronatsprecher von einem „nicht mehr reformierbaren Land“ reden. Dies ist eine perverse Propaganda, Ausdruck einer verwerflichen Profitgier, die Luxemburgs traditionellen Sozialdialog unmöglich macht und unser Land spaltet. Wenn sich dann eine Regierung offen mit solchen Lobbyisten verbrüdet und deren Thesen wiederholt, dann entfremdet sie einen steigenden Anteil normaler Luxemburger von der Führungsschicht.

Die jüngste politische Erfahrung im gesamten Europa belegt jedoch, dass ein ungenügender sozialer Fortschritt für die Demokratie zu einem Selbstmord auf Raten wird. Wir können den gesellschaftlichen Zusammenhalt nur bewahren, wenn die Regierung und das Parlament nicht auf die Ultraliberalen hören.

Das Problem mit schwachen Unternehmen und Sektoren

Die Robustheit unserer Wirtschaft steht, trotz des kapitalistischen Gejammers über Hochlohnland, Lohnindexierung, überzogene Sozialbeiträge und zu großzügiges Arbeitsrecht außer Zweifel. Natürlich gibt

es Sektoren, die weniger rentabel sind als andere, denn Ungleichheiten sind eine Normalität in der Marktwirtschaft. Oft sind solche Unternehmen aber schlecht geführt und haben seit Langem nicht mehr innoviert und investiert, sondern nur kräftig Gewinne an die Gründererben abgeführt.

Oder sie haben es längerfristig versäumt, sich gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Statt nun derartige Versäumnisse zu übersehen oder zu vertuschen, sollten die hochstudierten Prediger der Patronatslobby in ihren akademischen Schulbüchern nachlesen, was der Ökonom Joseph Schumpeter zur „schöpferischen Zerstörung“ als Voraussetzung für Fortschritt und Entwicklung geschrieben hat.

Es ist wissenschaftlich bewiesen, dass man Wirtschaftswachstum und technischen Fortschritt sabotiert, wenn man

versucht, die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger unproduktiver Betriebe zum Maß aller Dinge hinzustellen, um ihr die Sozialpolitik zu opfern und das gesamte politische Handeln des Staates unterzuordnen.

Auch volkswirtschaftlich gesehen die falsche Rechnung

Selbst ausgesprochene Gegner der Sozialpolitik und alle Anhänger eines „schlanken Staates“, die man nicht mit moralischen und menschlichen Argumenten überzeugen kann, müssten dennoch die langfristigen wirtschaftlichen Konsequenzen eines Sparens am falschen Ende erkennen. Den Preis für höhere Dividenden, Tantiemen und Bonuszahlungen zugunsten der privilegierten Großverdiener des Privatsektors zahlt am Ende die Allgemeinheit in multipler Form als Arbeitslosengeld, als höhere Ausgaben für die innere Sicherheit und als vielfältige Sozialleistungen, die bei einer gerechteren Sozialpolitik nicht in dem Ausmaß erforderlich wären.

Natürlich ist in manchen Ländern die Lage beängstigender als bei uns, weil politisch der nationale Zusammenhalt bereits verloren oder ernsthaft bedroht ist, sodass sich infolge der politischen Wahlerfolge der Radikalen keine Regierungsmehrheiten mehr bilden lassen. In Luxemburg blieben uns solche Zustände bisher erspart, nicht zuletzt, weil die Gewerkschaften es stets geschafft haben, die Regierungen daran zu hindern, den turbo-liberalen Forderungen nachzugeben.

Politische Desinformation auch bei uns

Daraus aber soll man nicht die Schlussfolgerung ziehen, bei uns wären weniger professionelle Manipulatoren am Werk. So wie in Brüssel mehr Lobbyisten wohnen als EU-Beamte, genauso beschäftigen unsere Patronatsverbände samt

Denkfabriken „à la IDEA“ mehr Volkswirte für ihre Propaganda als unsere Regierung für die gesamte Ausarbeitung und Begründung ihrer Gesetze und Reglemente.

Ein sehr anschauliches Beispiel über die extreme Wirkung der Propaganda haben wir hierzulande in der jüngsten Vergangenheit erlebt. Vor zwei Jahren war nur eine absolut verschwindend geringe Minderheit unserer Bevölkerung der Meinung, wir bräuchten dringend eine Rentenreform. Dieses Jahr war dann aber eine Mehrheit der Überzeugung, dass unverzüglich etwas Tiefgreifendes geschehen müsste.

Dabei hat sich die Faktenlage innerhalb dieses Zeitraums nicht verändert, mal abgesehen davon, dass sich die Rentenreserven im Gegensatz zur pessimistischen Propaganda im Jahr 2024 nochmals um 12 % erhöht haben. Trotz aller Bemühungen schaffte es die Regierung aber nicht, die Patronatsforderungen gegen den Willen der Gewerkschaften durchzudrücken. Auch der Meinungsumschwung beim breiten Publikum änderte nichts daran.

Wir wollen nicht die Rentendebatte nochmals aufrollen, sondern hier nur festhalten, dass ein akuter Handlungsbedarf im Rentensystem propagandistisch von Lobbyisten, hörigen Journalisten und politischen Hinterbänkeln, die sich als mutige Warner staatsmännisch zu profilieren versuchten, herbeigeredet wurde.

Mut für eine Zukunftsstrategie

„Es gibt wichtigere Fragen als die Rentenreform“, meinte neulich Herr Frieden in einem Zeitungsinterview. Mit dieser Aussage hat unser Premierminister Recht, nur kommt die Einsicht spät. Während der letzten zwei, drei Jahre hätte der Regierungschef diese Feststellung mindestens ein Dutzend Mal in „fonction publique“ lesen können.

Dennoch halten wir darauf, die derzeitige luxemburgische Regierung dafür zu loben, dass sie entschieden hat, die Investitionen in die öffentlichen Infrastrukturen hochzuhalten und Steuerentlastungen in die Wege zu leiten, ohne dabei Sozialkürzungen vorzunehmen. Das ist positiv und mutig angesichts andauernder parlamentarischer Agitation bezüglich vorgeblich drohender ruinöser Budgetdefizite.

Seit Jahren herrscht im Parlament und in der Presse nämlich eine groteske Hysterie über eine bevorstehende katastrophale Staatsverschuldung, deren häufige Ankündigungen sich nie verwirklicht haben. Immer wieder ging die Rede davon, welche verheerenden Folgen das angeblich unvermeidliche und kurzfristig anstehende Überschreiten des Niveaus der Staatschuld von 30 % des BIP hätte. Wichtiger aber als unseren Kindeskindern einen Haufen Geld zu vererben, ist es sicherzustellen, dass sie in einem Land mit einer gesunden Wirtschaft, ausgezeichneten Infrastrukturen, gut funktionierenden Institutionen und einer robusten Demokratie leben werden.

Paul Zimmer





Nationales Museum für Militärgeschichte vor entscheidender Weichenstellung

Mut aus der Vergangenheit schöpfen

Vor mehr als 40 Jahren wurde das heutige „Musée National d'Histoire Militaire“ (MNHM) mit der Unterstützung der Gemeinde Diekirch ins Leben gerufen. Die beliebte Touristenattraktion ist längst zu einer Referenz für eine neutrale Darstellung des Zweiten Weltkriegs geworden. Damit die beeindruckende Erfolgsgeschichte fortgesetzt werden kann, stehen die MNHM-Verantwortlichen vor richtungsweisenden Entscheidungen.

Das nationale Museum für Militärgeschichte blickt auf eine bewegte Vergangenheit zurück. In den 70er-Jahren hatte sich eine Gruppe leidenschaftlicher Geschichtsfreunde um Roland Gaul, Frank Rockenbrod, Marion Schaaf, Jean-Paul Sassel und Marc Rosch zum Ziel gesetzt, ein Museum über die Geschichte der Stadt Diekirch einzurichten. 1982 gründeten sie die ASBL „Dikircher Geschichtsfreund“, die 2011 in „Association du Musée nationale d'histoire militaire“ umgetauft wurde. Die Gemeinde Diekirch stellte damals den emsigen Pionieren die ehemalige Mälzerei der Diekircher Brauerei zur Verfügung. Nach den mit viel Sorgfalt durchgeführten Aufbauarbeiten öffnete das Museum 1984 seine Türen.

Zu Beginn war der Hauptfokus auf die Ardennenoffensive gerichtet, die sich vom 16. Dezember 1944 bis zum 28. Januar 1945 erstreckte. Das Material der Ausstellung stammte zum Teil aus den Privatsammlungen der Gründungsmitglieder, die auch eigenes Geld in das Projekt gesteckt hatten. In Zusammenarbeit mit unzähligen Veteranen und zivilen Zeitzeugen wurden die Erinnerungen aus einem der dunkelsten Kapitel der Weltgeschichte für die Nachwelt bewahrt.

Ein Kernstück dieser Ausstellung ist das detailgetreue 120 m² große Diorama, das den Sauerübergang der 5. US-Infanteriedivision bei der Befreiung von Diekirch am 18. Januar 1945 dokumentiert. Sogar die Bäume, die im Diorama integriert wurden, stammen vom Originalort. Mehr Authentizität geht nicht! US-Veteranen hatten den Geschichtsfreunden in den

80er-Jahren eine größere Geldsumme zur Verfügung gestellt.

Neben allen Arten von Waffen, die in der Ardennenoffensive zum Einsatz kamen, erhält der Besucher im sogenannten „Vehikelraum“ einen Einblick in die Militärfahrzeuge und Kanonen jener Zeit. Unter den Exponaten befindet sich ein „Jagdpanzer“, der für die Wehrmacht in den Skoda-Werken gebaut wurde (siehe obenstehendes Foto). Einige dieser Panzer kamen jedoch nie zum Kriegseinsatz und blieben in der Endproduktion stecken.

Versöhnung und Grundwerte der Menschheit im Fokus

Nach dem Kriegsende erwarb die Schweizer Armee einen Großteil davon. Als diese Militärfahrzeuge Ende der 70er-Jahre eingemottet wurden, bot sich für das MNHM die Gelegenheit, einen dieser Panzer umsonst zu ergattern. Lediglich die Transportkosten mussten beglichen werden. Der Panzer erschien später im Kultfilm „Déi zwéi vum Bierg“ von Henri Losch. Gründungsmitglieder des MNHM übernahmen damals eine Statistenrolle. Sie waren die einzigen, die in der Lage waren, den Panzer zu steuern.

Die Herangehensweise bei der Museumsgestaltung stellte ein Novum dar. Die unzähligen Exponate und beeindruckenden Originalfotos stehen im Zeichen des internationalen Völkerverständnisses in Friedenszeiten. Erwähnt sei an dieser Stelle eine wahrheitsgetreue Anekdote.

Vor geraumer Zeit traf ein US-Offizier bei seinem Besuch im Museum auf einen deutschen Offizier, den er 1945 in Echternach gefangen genommen hatte. Beide wurden anschließend Freunde und begegneten sich regelmäßig im Rahmen von Gedenkfeiern.

Von Anfang an bestand die Zielsetzung der Konzeptualisierung darin, das Kriegsgeschehen auf eine objektive Art und Weise darzustellen und dabei den Schwerpunkt auf die Versöhnung zwischen den ehemaligen Gegnern zu legen, unterstreicht MNHM-Präsident Frank Rockenbrod im Gespräch mit dieser Zeitung: „Wir möchten mit dem Rückblick in die Vergangenheit Mut spenden und den Blick nach vorne richten.“ Gerade in diesen Zeiten sollte man sich auf die Werte stützen, die den Zusammenhalt der EU gewährleisten.

Als die luxemburgische Armee Anfang der 90er-Jahre als Partner beim MNHM einstieg, wurde mit der Ausstellung über die Entwicklungsgeschichte der hiesigen Streitkräfte ein weiteres Kapitel aufgeschlagen. Behandelt werden spezifische Themen wie die Epoche der Gründungsjahre (1815 bis 1940), die Wehrpflicht, die „Bitburger Zeit“ als die luxemburgischen Soldaten 1955 von Bitburg auf den „Härebierg“ zurückkehrten, die Reorganisation der Armee im Rahmen der NATO-Missionen und ihre Beteiligung an den ersten Friedensmissionen der Vereinten Nationen.

Neue innovative Konzepte

Beachtenswert ist auch die rund 18.000 Bücher umfassende Bibliothek über die Militärgeschichte. Sie soll nach der Durchführung eines umfangreichen Inventars zu einem späteren Zeitpunkt in Zusammenarbeit mit der Stadt Diekirch für die breite Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Das Museum wurde im Laufe der Zeit ausgebaut. Somit entstanden zusätzliche Lagerkapazitäten und neue Räumlichkeiten für die Verwaltung. Seitdem verfügt das MNHM über ausreichend Platz, um Konferenzen, Workshops mit Schulklassen und zeitlich begrenzte Ausstellungen zu veranstalten.

Gerade jetzt, wo lebendige Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs seltener werden, gilt es die neuen Besuchergenerationen mit innovativen Konzepten anzuspre-



chen. Dabei wird der Fokus verstärkt auf das „Storytelling“ gelegt. „Mit den persönlichen Geschichten der Zeitzeugen erreicht man die Besucher am besten“, unterstreicht MNHM-Direktor Benoît Niederkorn im Gespräch mit „fonction publique“. In diesem Sinne wurden Tagebücher und Fotos von Veteranen ausgewertet.

Bei der temporären Ausstellung über den Korea-Krieg z.B. wurden die 85 Luxemburger Freiwilligen porträtiert. „Hinter jeder Geschichte verbirgt sich immer eine andere“, so Niederkorn. Bereits zuvor war die Sonderausstellung „Ons zerschoen Dierfer“ ein großer Erfolg. Ziel war es, die Nachkriegszeit zu porträtieren und den Besuchern vor Augen zu führen, was Kriegszerstörung bedeutet. „Mit den zeitlich begrenzten Ausstellungen arbeiten wir Themen auf, die der breiten Öffentlichkeit zuvor unbekannt waren“, fügt der MNHM-Direktor hinzu.

Im November wird die temporäre Ausstellung „Ons Arméi um Härebiërg“ eröffnet. Im Mittelpunkt steht der 70. Jahrestag der Kasernen in Diekirch. Zudem wird an die ersten Rekruten der Wehrpflicht erinnert, die im Juli 1945 eingezogen wurden. Ein Teil der Ausstellung wird sich jenen Luxemburgern widmen, die der Brigade Piron angehört hatten und im Juni 1945 auf dem „Glacis“ demobilisiert wurden. Sie waren in den darauffolgenden Jahren als Offiziere und Unteroffiziere maßgeblich am Aufbau der neuen Armee beteiligt.

Die Entstehungsgeschichte des MNHM ist eine von Idealismus geprägte Herzensangelegenheit. Für den Aufbau und die Weiterentwicklung des Museums wurden bislang mehr als 140.000 freiwillige Arbeitsstunden geleistet, bilanziert MNHM-Präsident Rockenbrod. Heute umfasst das Museum rund 80.000 Dokumente und Gegenstände, die auf einer Fläche von 3.500 m² ausgestellt sind.

Die Verantwortlichen sind zurzeit mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert. Zum einen gilt es, die Depots zu verwalten. Zum anderen müssen die nötigen Vorkehrungen zur Konservierung der Ausstellungsobjekte getroffen werden, betont MNHM-Direktor Niederkorn. Insbesondere das deutsche Material sei stark in Mitleidenschaft gezogen worden. So habe sich z.B. der Zustand der Wehrmacht-Uniform in all den Jahren wesentlich verschlechtert.

Ausbau bestehender Datenbanken

Der große Aufwand zahlt sich aus. 2024 veröffentlichte Google Maps eine Liste der am besten bewerteten Orte in Luxemburg. In der Kategorie der Museen erhielt das MNHM die dritt meisten Bewertungen. Bei der Besucherzahl liegt es auf Augenhöhe mit dem Festungsmuseum in Luxemburg-Stadt. Jedes Jahr werden im Schnitt 30.000 Besucher registriert. Ein Großteil davon sind Touristen, vorwiegend Niederländer und Belgier, aber auch Engländer, die großes Interesse an der Militärgeschichte zeigen. Weitaus weniger vertreten sind hingegen die Luxemburger. Diesbezüglich gebe es noch viel Potenzial, um über die sozialen Medien mehr Besucher nach Diekirch zu locken, räumt Benoît Niederkorn ein.

Vor einem Jahr startete das Kulturministerium ein Inventarprogramm mit Webbrowseranwendung, das für alle Museen hierzulande verfügbar ist. Inzwischen hat das MNHM dort bereits mehr als 10.000 Objekte (Stand August 2025) eingetragen. Dabei wird auch je nach Möglichkeit die Herkunft der Exponate aufgelistet.

Ein weiteres Projekt betrifft eine Datenbank von Denkmälern aus dem Zweiten Weltkrieg. „Wir sind noch einmal das

ganze Land abgefahren und haben dabei alle GPS-Daten erfasst und Fotos gemacht. Zudem haben wir die Gemeinden gebeten, uns ein Feedback zu geben. Diese Angaben sind jetzt in einer Datenbank verfügbar, die mit einer Webseite verknüpft ist“, erklärt der MNHM-Direktor. In der Datenbank sind mittlerweile 1.000 Monumente über den Zweiten Weltkrieg registriert. Nach der Testphase im Oktober soll der offizielle Start im Dezember erfolgen. „Ziel ist es, den Menschen die Geschichte zurückzugeben. Diese Mission hört nie auf“, unterstreicht Benoît Niederkorn.

1993 wurde das Museum per Erlass zum „Musée nationale d'histoire militaire“ erklärt. Dabei handelt es sich um eine gemeinnützige Einrichtung. Mit dem Kulturministerium wurde vor Jahren eine Konvention abgeschlossen. Die jährlichen Fördermittel belaufen sich auf 150.000 Euro. Weitere Partner, mit denen auch jeweils eine Konvention abgeschlossen wurde, sind das Tourismus- und Verteidigungsministerium, die luxemburgische Armee und die Gemeinde Diekirch. Inzwischen wurde ein Niveau erreicht, bei



dem kein Weg an einer Professionalisierung vorbeiführt, bekräftigt Niederkorn. Als er im Jahr 2017 von der Armee für die tägliche Verwaltung des Museums freigestellt wurde, standen ihm sechs Mitarbeiter zur Verfügung. Inzwischen sind es fast doppelt so viele.

Ein Teil der Mitarbeiter wird von der Gemeinde, dem Kulturministerium, der Armee und der ASBL freigestellt.

Uni-Absolventen, die ein Geschichtsstudium oder ein Diplom in Kultur- und Geisteswissenschaften erworben haben und eine Arbeitsstelle suchen, können sich zudem beim „Service National de la Jeunesse“ melden, um ein Projekt des MNHM vorübergehend mitzugestalten. Die Zahl der ehrenamtlichen Mitarbeiter schwankt zwischen 15 und 30.

Max Lemmer

Anbruch einer neuen Ära

In den üblichen Sonntagsreden wird allzu gerne dazu aufgerufen, das Gedenken an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs aufrechtzuerhalten. Die Verantwortlichen des nationalen Museums für Militärgeschichte haben den Worten Taten folgen lassen und Großartiges für die Nachwelt geleistet. Dies kann jedoch nicht über einige Mängel hinwegtäuschen, die es bei der bestehenden Infrastruktur noch gibt.



Die Gemeinde und die MNHM-Verantwortlichen sind sich dessen bewusst und arbeiten beispielsweise an einer Lösung in Bezug auf die Barrierefreiheit. Ein weiteres großes Manko sind die geringfügigen Parkmöglichkeiten. Auf dem Gelände besteht keine Möglichkeit, die wenigen Stellplätze auszubauen. Eine Alternative dazu bietet das Parkhaus „Hippodrom“, das über eine Kapazität von rund 650 überdachten Stellplätzen verfügt. Ein Pendelbus verkehrt zwischen dem Parkhaus und dem Stadtkern. Von dort aus kann man das Museum zu Fuß erreichen. Für Personen mit eingeschränkter Mobilität bleibt das Problem jedoch bestehen.

Ein neues Museum an einem anderen Standort zu errichten, ist für die MNHM-Verantwortlichen keine Option. „In diesem geschichtsträchtigen Gebäude schlummert eine Seele. Menschen, die während der Ardennenoffensive Zuflucht suchten, hatten sich hier verschanzt“, stellt MNHM-Direktor Benoît Niederkorn klar.

Zurzeit laufen jedoch intensive Bemühungen, das Museum künftig noch einladender zu gestalten. Bis zum Jahresende soll die eingeleitete konformi-

tätsgerechte Instandsetzung des Gebäudes abgeschlossen sein. Zudem wird über neue Konzepte nachgedacht, um das Museum für die Zukunft zu rüsten. Nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie hatte das Kulturministerium die Initiative „Neistart Lëtzebuerg“ ins Leben gerufen. Den Akteuren aus dem Kulturbereich wurde damals die Möglichkeit geboten, zusätzliche finanzielle Mittel zur Entwicklung neuer Konzepte zu er-



MNHM-Direktor Benoît Niederkorn

sowie der Gemeinde Diekirch vor. Die „Association du Musée national d'histoire militaire“ müsse sich jetzt gemeinsam mit ihren Partnern über die künftige Ausrichtung abstimmen.

Nach Ansicht des MNHM-Präsidenten wäre eine rechtliche parastatliche Struktur, die schnell eingerichtet werden könne, sinnvoll. Der Zeitfaktor spiele eine entscheidende Rolle. So oder so müsse schnell etwas geschehen, damit klare Verhältnisse herrschen. Eine der Optionen, die zurzeit auf dem Tisch liegen, sieht vor, dass der großräumige Keller der ehemaligen Mälzerei Bestandteil des Museums wird (siehe untenstehendes Foto). Ein solches Vorhaben würde allerdings größere finanzielle Mittel erfordern. Geprüft wird auch, wie das Museum aufgerüstet werden kann, um die kommenden Generationen noch gezielter anzusprechen.

Sollte der Ausbau des Museums weniger umfangreich gestaltet werden, wäre es dennoch ratsam, ein „Comité de pilotage“ ins Leben zu rufen, das darüber wachen würde, wohin die Steuergelder hinfließen, ergänzt der MNHM-Präsident. „Das Museum wurde von einer Generation konzipiert, die den Krieg miterlebt hat und ihr Trauma hier abgeschüttelt hat. Es erfüllt eine besonders wichtige pädagogische Mission. Wir wollen den kommenden Generationen etwas zurückgeben“, bemerkt Frank Rockenbrod abschließend. ml



MNHM-Präsident Frank Rockenbrod

halten. Auch das MNHM beteiligte sich daran.

Die Zeit drängt

Mit externer Hilfe sei eine Arbeitsgruppe damit beauftragt worden, eine neue Museologie auszuarbeiten, bestätigt MNHM-Präsident Frank Rockenbrod gegenüber „fonction publique“. Aktuell würden mehrere Optionen geprüft. Das Gesamtkonzept, in dem die verschiedenen Umsetzungsphasen erörtert werden, liege dem Kultur-, Verteidigungs- und Tourismusministerium





Um gudde Wee?

Jemp a Pol ënnerhalen sech iwwert déi schappeg Programmer op deene sël-lechen Televisiounskanal, duerch déi se Owend fir Owend zappen...

-A wann s de endlech eppes Anstänne-ges fonnt hues, da gëss de all Véirelstonn mat zéng Minutte Reklamme bestrooft, souert de Pol.

-Ech maachen dat kommerziellt Spillchen do net méi mat. Wann ech eppes Bestëmtes well kucken, da ginn ech mer dat op den Internet sichen.

Science Fiction aus dem 19. Joerhonnert

Deslescht hunn ech do en ale Film erëmfonnt, dee viru Joerzénge op der Televisioun gelaf ass. E war och deemools schonn al, an huet weder vun der Technik nach vum Rhythmus hier, sou richteg an d'Zäit gepasst. Mee d'Geschicht hat mech därmoosse fasziniert, datt ech se bis haut net vergiess hunn. Et handelt sech ëm d'Verfilmung aus dem Joer 1960 vum H.G. Wells sengem Science Fiction Roman „The Time Machine“ (1895), mam Rod Taylor an dem Yvette Mimieux. Wéi schonn am Titel ugekënnegt, geet et ëm d'Reesen an der Zäit.

No e puer kuerzen a geféierlechen Eskapaden duerch d'Vergaangenheet, bis wäit iwwert de Paleolitikum eraus, fokusséiert sech de Protagonist op d'Zukunft.

Hie land schlussendlech am extrem distante Joer 802 701. D'Mënschheet huet sech an zwou verschidde Rassen entwéckelt: d'Eloi, zierlech an onbekëm-

mert Gestalten, déi sech absolut friddelech an naiv op der Äerduewerfläch ophalen, wou se eng scheinbar paradisesch Existenz genéissen; an d'Morlocks, finster a brutal Gesellen, déi ënnert der Äerd liewen an do eng gewaltig Maschinerie um Lafen halen.

Nodeems den Held sech Hals iwwer Kapp an eng besonnesch léif Eloi-Fra verknallt huet, gëtt en enges Daags déi schrecklech Wourecht gewuer: A reegelméissegem Intervalle ginn eng Partie Eloi an Hielen eragelackelt, wou se vun de Morlocks iwwerwältigt ginn. Déi onglécklech Affer bleiwe fir ëmmer verschwonn an de Verdacht, datt d'Morlocks se ofschluechten, fir sech vun hinnen ze ernieren, bestätegt sech nawell zimmlech séier.

Wat eisen Zäitzeie bei dësem systematesche Gemetzel am meeschte schockéiert, ass déi komplett Gläichgültigkeit vun den Affer hirem Entourage. Knapps sinn se ënnert dem Äerdbuedem verschwonn, dréinen hier Frënn a Bekannten hinnen de Réck a maache, wéi wann näischt geschitt wier. De Protagonist kann a wëll einfach net verstoen, firwat d'Eloi sech net wieren. Wéi dunn enges Daags seng Frëndin verschwënnt, gëtt hien sech net, bis e schlussendlech eng Revolt ugestiwwelt kritt, déi him allerdéngs selwer bal zum Verhängnis gëtt.

Gëtt d'Dystopie vun der Realitéit iwwertraff?

-Sou wéi ech dech kennen hues de mer déi Geschicht net verzielt, well s de

neierdéngs e Fan vun ale Kinosfilmer bass?

-Also wat d'Science Fiction Filmer ugeet, do fannen ech déi al oft besser wéi di nei. Natierlech net wat d'Spezialeffekter ugeet, mee bei der Hektik an de Gewaltorgien vun de moderne Produktiounen geréit di eigentlech Geschicht, an hir mi déifgrënneg Bedeitung, oft zimmlech wäit an den Hannergrond. Wann dann iwwerhaupt nach iergend eppes dovunner iwwregbleift. A genee dat ass et, wat mech bei där aler Verfilmung vun „Time Machine“ sou nohaltig beandrockt huet. Dem Wells säi Message bleibt bestoen a gëtt duerch d'Spill vun den Acteuren souguer nach verstärkt.

-An dee wier: Patten ewech vun Zäitmaschinen? Neen, am Eescht elo. Ech huelen un, du mengs d'Iddi vun den zwou verschidde Menscherassen, wou déi eng déi aner wi Véi behandelt an ausnotzt.

-Ma ganz genee. A wann ee bedenkt wat alles an deem Joerhonnert, nodeems de Wells säi Roman geschriwwen hat, geschitt ass, da kann een him seng düster Zukunftsvisioun wuel kaum falsch maachen. Ausser datt e mat engem aacht honnert zweete Joerdausend vläicht e bëssen ze wäit no fir gegräff huet.

-Firwat? Déi biologesch Evolutioun brauch eben hir Zäit, fir nei Espécken ervirzebréngen. A wann zwou verschidde Menscherassen sollten entsto, déi sech esou staark auserneen entwéckelt hätten, da muss den Auteur och déi dofir noutwendeg Intervalle respektéieren,

soss gëtt déi ganz Geschicht onplausibel. Souguer eng Fiktioun muss sech am Kader vum Warscheinleche beweegen, soss verléiert se hir Glafwierdegkeet an domadder all Interêt.

-Merci fir d'Lektioun, Här Professor! Wat ech wollt soen, war éischer, datt ech mer net virstelle kann, datt d'Mënschheet et ënnert iergend enger Form esou laang sollt packen. Natierlech gëtt et eng Partie Liewensformen, déi sech iwwer Honnerte vu Joermillioune weider entwéckelt hunn, souwuel an der Flora, wéi an der Fauna. Mee d'Paleontologen hunn och festgestallt, datt déi meeschte Liewensformen iergendwéini ausgestuerwe sinn, a just nach als Fossilien dorëmmer lungeren. Wat eis Mënschen ugeet, do sinn ech mer bal sécher, datt mer letztendlech net un der biologescher, mee vill éischer nach un eiser sozialer Evolutioun wäerte scheitern. An dofir brauch et wuel kaum nach Joerdausenden. Wann ee kuckt, wéi eis Zivilisatioun sech iwwert déi lescht Generatiounen entwéckelt huet, da kann ech mer eigentlech net virstellen, datt et nach laang dauert bis dee ganze Buttek ausernee fällt, an eis Spezies ee fir alle mol bei der Däiwel geet.

Eleng, bis zum Schluss?

-Do bass de awer elo ganz pessimistisch drop. Dat erënnert mech un en ale Witz: Zweek Planéite begéinen sech. Seet deen een: „An, wéi hu mer et?“ Äntwert deen anere ganz verdrësslech: „Ma richteg schlecht. Ech hunn de Mënsch erwëscht!“, „Net schlëmm“, „grinst do deen aneren“, „dat geet eriwuer!“

-Jo, dee kennen ech. Dat ass a mengen Aen, déi humoristesche Kuerzversioun vun enger Äntwert, déi de Stephen Hawking op de Fermi-Paradox proposéiert hat. Laut dem Physiker Enrico Fermi missten et an eiser Galaxie eng ganz Partie extraterrestresch Intelligenze ginn, déi längst d'Fäegkeet hätten, fir interstellar ze reesen an dowéinst och eigentlech scho laang sämtlech Sonnesystemer misste koloniséiert hunn. Datt mer bis elo trotzallem néirens op verlässlech Spuere vun esou Ausserierdesche gestouss sinn, widderspricht souwuel der wëssenschaftlecher Theorie, wéi och sämtliche Beobachtungen vun den Astrophysiker. Den Hawking gëtt hefir eng zimm-



lech desillusionéiert Erklärung, laut där et an der Natur vun intelligenten Zivilisatiounen léich, sech am Laf vun hirer eegener Evolutioun selwer ze zerstéieren. Soubal sech Intelligenz an enger bestëmmter Form manifestéiere géif, kéim et forcément zu enger ëmmer méi rasanter, exponentieller Weiderentwécklung, déi iergendwéini instabil, a schlussendlech op en tragescht Enn erauslaffe géif. Deemno wier et quasi onméiglech, datt iergendwellech Ausserierdescher et jee-mools bis bei eis packe kéinten, well se nämlech längst ausgestuerwe wieren, nach ier se iwwerhaupt déi noutwendeg Technik hätten, fir esou eng Rees ze ënnerhuelen. Selbstverständlech bezitt dat sech och op d'Spezies Homo sapiens, sou datt den Dram vun engem intergalakteschen Austausch tëscht grondverschiedene Liewensforme wuel fir ëmmer am Beräich vun der Fiktioun wäert bliwen.

Op déi allgemeng Situatioun vun der haiteger Welt bezunn, gesäit déi Theorie fir mech, wéi d'Prophezeiung vun eiser imminenter Zukunft aus, ganz no der berüümt berüchteter Ausso: „Gestern standen wir noch kurz vor dem Abgrund, heute sind wir schon einen ganzen Schritt weiter!“

„Capables du meilleur comme du pire...“

-Wat's de do verzielt, klenkt fir mech nawell zimlech no deenen alen Iddie vun Determinismus a Fatalismus, just an der Zooss vun der moderner Physik opgekacht. Nodeems Hawking a Compagnie mat der Arroganz vun Zauberlehrlingen feierlech deklaréiert haten, datt duerch déi modern wëssenschaftlech Erkenntnisser d'Philosophie iwwerflësseg gi wier, hunn se sech selwer a philosophesch Spekulationen an düster Prophezeiunge gestierzt.

Ech halen näischt vun deene Schwarzmolereien, déi engem just d'Flemm andreiwen ouni iergend e Problem ze léisen.

Bis elo war d'Mënschheit ëmmer nees erfolgräich, grad well se op Problemer, déi sech hir gestallt hunn, léisungsorientéiert reagéiert huet. Kuck mol wéi während der Corona-Kris Laboratoiren aus der ganzer Welt a Rekordzäit nei Impfstoffe entwéckelt hunn. Iwwerhaupt goufen am medezinesche Beräich an de leschte Joerzénge enorm Fortschritte realiséiert, deene mer alleguer eng staark Verbesserung vun eiser Liewensqualität verdanken. Wéi bis festgestallt gouf, datt d'Ozonschicht an eiser Atmosphär duerch den FCKW-Gas massiv a Gefor wier, ass weltwäit op nei, klimaneutral Killmëttel ëmgestallt ginn. D'Schwéierindustrie huet massiv an Ofgasfilteranlagen investéiert. Änlech Initiative goufen et an der Autosindustrie, wou Katalysatoren, Partikelfilter a modern, vill méi spuer-sam Verbrennungsmotoren an den Asaz koumen, bis den Elektromotor se wuel an nächster Zukunft komplett ersetze wäert. Ganz allgemeng gesäit een, datt iwwerall grouss Efforte gemaach ginn, fir Energie méi ëmweltfrëndlech ze gewannen an ze notzen. Op ëmmer méi Diecher gi Fotovoltaikanlagen installéiert an op e sëllege Koppe stinn och bei eis am Land ewell Wandrierder. Wat de Verbrauch vun net erneierbare Gidder ugeet, ass e weltwäit Ëmdenken amgang.

Vläicht ass et jo esou, datt de Mënsch réischt wierklech erwächt an effikass reagéiert, wann e mat akute Krise konfrontéiert gëtt? Et entsprécht wuel net sengem Wiesen, am viraus alarmbereet ze sinn a beduecht, respektiv nohalteg ze handelen. Hie léiert sou ze soe bestänneg aus den eegene Feeler, e bësse wéi een et vun der Evolutioun-

geschicht hier kennt, nom Prinzip vun „Try and Error“.

„... mais pour le pire nous sommes les meilleurs!“

-Ech kann dän Optimismus net deelen. Wann s de d'Zukunftsaussichte vun der Mënschheit mam Fonctionnement vun der Evolutioun vergläichs, misst de och wëssen, datt grad do, déi meeschte Versich derlaanscht gounge, a quasi all Feeler mam Ausstierwe vun der betraffener Spezies beglach gouf. A wat d'Feeler ugeet, do si mir Mënsche jo nawell Champion; du hues där jo lo grad schon e puer opgezielt.

-Jo, mee am contraire zu dengen Evolutiounserkenntnisser, kann de Mënsch aus senger Feeler léieren an se souguer réckgängeg maachen, ouni dofir definitiv vun der Bildfläch mussen ze verschwannen. Déi biologesch an déi sozial Evolutioun kann een eben net eent zu eent matenee vergläichen.

-Ma grad dowéinst sinn ech jo och der Meenung, datt den Hawking mat sengen Usichte richteg läit. A wann et mat eiser Multikrise-Situatioun nach e bëssen sou weidergeet, dann dauert et ganz sécher net méi laang, bis den Homo sapiens um fatale Kulminationspunkt vu senger Entwécklungsgeschicht ukomm ass, fir kuerz dono an den Annale vun de gescheiterten Natur-experimenten als eng vun de kuerzleewegsten Espéceen ze glänzen.

-Esou Kassandrarriff kommen a leschter Zäit jo vun iwwerall, leider bréngen déi kee Mënsch weider, well se *per definitionem* grad vun deenen, déi eppes domadder ufänke kéinten, entweder net gehéiert oder net verstane ginn. Mee vläicht ass dat och gutt esou, well se soss nach zu *self-fulfilling prophecies* kéinte ginn.

-Ma wat sinn da schon e puer gutt gemengte Spuer- a Recyclingmoossnamen aus enger privilegiierter westlecher Welt, vis-a-vis vun der globaler Verschwendung vun Energie a Ressourcen, déi quasi exponentiell op alle Kontinenter wiisst? Mat enger Drëps Waasser läscht ee bekanntlech kee Bëscheifer!

Wann ech an der Press liesen, datt trotz allen Erkenntnisser, déi mächtig Petrollobby sech géint all Aschränkung vum der Plastikproduktioun duresetzt, an déi international Klimakonferenzen et einfach net fäerdeg bréngen, nom Verursaacherprinzip ze kucken an deemtsprechend ze handelen, wat bréngt do nach en Elektroauto oder eng Fotovoltaikanlag an de Virgäertercher vun der Bourgeoisie? De mënschen- an naturveruechtende Lobbyismus vum internationale Kapitalmaart huet dach den Don Quichote längst zur Wandmille gemaach!

An dann hunn ech nach näischt iwwert déi brutal Konflikter gesot, déi momentan an der héich moderner, ziviliséierter Welt all Dag dausende vu Mënschen op



grausaamst Aart a Weis ëmbréngen. All déi Katastrophe gi vun engem Grapp voll Autokraten an hire kriminelle Beroder provozéiert, an obwuel eng riseg Majoritéit dat net wëll, schéngt et onméiglech, déi Gangsterband ze stoppen. Trotz UNO, EU, NATO, asw.! Ween hätt dat geduecht, datt no allem wat an deenen zwee Weltkrieger geschitt ass, an deene ville gudde Virsätz dono, ëmmer nach e puer Individuen iwwert d'Schicksal vun der ganzer Mënschheit decidéieren. Nëmme vläicht sinn dat jo d'Virleefer vun de Morlocks a mir, déi aner 99,99 %, gehéiere längst zu den Eloi?

La vie en rose ?

-An anere Wieder, et huet alles kee Wäert. Egal wat mer maachen, et ass souwiesou ze spéit an ëmsoss?

Mat esou enger defätistescher Astellung kann ee jo da berouegt d'Hänn an de Schouss leeën, an einfach näischt maachen. Wéi praktesch, besonnesch fir déi, di ganz ongestéiert weiderhin eis kapitalistescht Weltwirtschaft pervertéiere kënnen, fir buchstäblech aus allem Geld ze maachen.

Verstéi mech elo net falsch, mir ass duerchaus bewusst, datt de Kapitalismus e puer Generatiounen laang duerchaus säi Guddes hat, a grad fir déi sougenannt „einfach Leit“ an der westlecher Welt e substantielle Wuelstand mat sech bruecht huet. Mee spéitstens säit der Joerdausewend kënnt et mer fir, wéi wann dee System sech selwer oprësst. Amplaz datt mer zesummewuessen an

eis matenee fir gemeinsam Ziler asetzen, gëtt ëmmer méi nom Motto „I, me, mine“ gehandelt a gelieft. Wee mam geréngsten Asaz, den héichste Benefice asäckelt, deen huet gewonnen.

Datt esou e Schnéiballsystem relativ séier ausaart a letztendlech fir déi allermescht zum rénge Verloschtgeschäft gëtt, dat liicht sou lues ëmmer méi Leit an.

A grad dorobber bezéien ech mäin Optimismus. Déi absurd Exzesser, déi sech vereenzelt Multimilliardären a Potentaten an der Lescht gelescht hunn, motivéiere weltwäit ganz Generatiounen zum Ëmdenken. Verantwortung an Empathie wierken engem iwwerdimensionéierten Egoismus entgéint a lauden d'Enn vun engem ausgearte System an.

Well Wäerter wéi Gemeinsamkeet a Solidaritéit letztendlech méi frou an zefridde maachen, wéi iwwerméisseg Besëtz a Räichtum, kéint sech eng nei Mentalitéit duresetzen, nach ier d'Mënschheit un der Gier vun enger Minoritéit zu Gronn geet.

D'Bewosstsinn, datt jiddereen en Deel vun engem grouss Ganzen ass, an deen Eenzelen, ouni déi aner näischt erreche kann, stécht an eis all. Mir müssen eis just fir d'Gefiller opmaachen, déi duerch Konscht a Wëssenschaft getriggert ginn, an da gëtt eis bewusst, wéi mer op de Schëllere vu Giganten aus der Vergaangenheet an d'Zukunft gedroe ginn.

Roger Roth



Bornes de charge en résidence : ce qu'il faut savoir pour se lancer

Avec l'essor de la mobilité électrique, les besoins de solutions de charge à domicile se multiplient, y compris dans les résidences. Klima-Agence propose des outils pratiques pour guider copropriétaires et syndic dans leurs projets.

Installer une borne dans une résidence peut parfois présenter quelques défis. Les projets impliquent souvent plusieurs acteurs : copropriétaires, syndic, gestionnaire de réseau, mais aussi des prestataires techniques. Il faut clarifier les besoins et les contraintes techniques, choisir le matériel adapté et prévoir une solution évolutive et ouverte pour répondre aux besoins futurs d'autres copropriétaires.

Pour accompagner ces démarches, Klima-Agence met à disposition des outils concrets, conçus pour faciliter les échanges entre les différents acteurs du marché et accélérer la mise en place d'infrastructures de charge dans les bâtiments collectifs.

Des outils pour préparer votre projet d'installation de borne de charge

Le « **Formulaire home check pour les résidences** » permet de collecter en amont les informations clés sur l'immeuble : puissance électrique

disponible, infrastructures existantes, état d'avancement du projet (vote en assemblée générale ou non), coordonnées de la personne de contact, plans du parking et du local technique, etc. Il facilite ainsi la visite d'un prestataire spécialisé et permet d'établir un devis complet et précis.

La **fiche pratique « Infrastructure de charge en résidence : syndic, syndicat de copropriétaires, copropriétaires d'immeuble »** accompagne les copropriétaires et les professionnels pas à pas, depuis les premières étapes telles que les demandes d'autorisation et de devis jusqu'à la réception de l'installation et la demande d'aides financières. Elle décrit les responsabilités respectives, les modalités de vote à prévoir tout en communiquant des informations pratiques et concrètes pour maîtriser le sujet.

Un **modèle de cahier des charges**, intégré à la fiche pratique, permet d'harmoniser les devis et de s'assurer de n'oublier aucun élément du projet, par exemple si certaines positions doivent être prises en charge par d'autres prestataires.

La **plateforme en ligne bornes.klima-agence.lu** a récemment été mise à jour. Elle permet de comparer différents modèles de bornes de charge et systèmes de gestion intel-



ligente disponibles au Luxembourg, en vérifiant leur compatibilité et leur éligibilité aux aides financières. Un outil précieux pour choisir une solution adaptée et efficace.

Faciliter le déploiement des infrastructures de charge

En développant ces outils, Klima-Agence se positionne comme facilitateur entre les gestionnaires de copropriétés, les copropriétaires et les professionnels de l'électromobilité. L'objectif est clair : rendre les projets plus simples, plus transparents et plus accessibles.

Pour toute information complémentaire, contactez : e-mobility@klima-agence.lu

Pour télécharger la **fiche pratique « Infrastructure de charge en résidence : syndic, syndicat de copropriétaires, copropriétaires d'immeuble »**, scannez le code QR



ALLES OP ENGER PLAZ FIR ÄREN ELEKTRO-MOBILITÉITSPROJET

klima-agence.lu

GOelectric
19. Oktober
goelectric.lu

→ Coque

klima agence
Shaping our future together

LE GOUVERNEMENT DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG



Chamäleon

NAMIBIA - SOSSUSVLEI UND ETOSHA ENTDECKEN



Erleben Sie in knapp zwei Wochen die ganze Schönheit Namibias: die höchsten Dünen der Welt im Sossusvlei, die koloniale Atmosphäre von Swakopmund und unvergessliche Safari-Abenteuer im Etosha-Nationalpark. Beobachten Sie Elefanten, Giraffen und Löwen aus nächster Nähe, genießen Sie spektakuläre Sonnenuntergänge über der Savanne und lassen Sie sich vom leuchtenden Sternenhimmel verzaubern.



HIGHLIGHTS:

- Erlebnisreise mit höchstens 12 Gästen
- Safaris im Etosha-Nationalpark und in privaten Wildparks (Geländewagen und zu Fuß)
- Besuch der Onjala-Sternwarte und des Leuchtturmprojekts „Penduka“ für schutzbedürftige Frauen
- Deutschsprachige Reiseleitung

Reisepreis ab: 3.699 € pro Person

im Doppelzimmer, inklusive

- 14 Tage (27.02.-12.03. / 13.03.-26.03. / 22.03.-04.04. / 15.05.-28.05.)
- Bahnreise zum/vom Abflugort in der 1. Klasse
- Flug ab/bis Frankfurt (ab/bis Luxemburg zubuchbar)
- Linienflug mit Discover Airlines nach Windhoek und zurück
- 11 Übernachtungen auf Gästefarmen, in Lodges, in Gästehäusern und in einem komfortablen Holz-Chalet in der Namib-Wüste
- Täglich Frühstück, mehrere Mittag- und Abendessen



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal ▪ L-2449 Luxembourg

Tel.: 47 00 47 - 1 ▪ info@luxvoyages.lu

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Chamäleon-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



fonction
publique

SPÉCIAL **LIVING**

Plus de confort, plus d'économies : si vous optiez pour le chauffage mural ?

Avec un coût d'installation presque similaire à celui des radiateurs muraux, le chauffage mural présente de nombreux avantages : confort optimal, esthétique améliorée, économies d'énergie et d'argent, etc. Voici les pour et les contre...

Le chauffage mural ne fait peut-être pas encore partie des habitudes des personnes qui construisent ou rénovent leur habitation, mais il mérite d'être étudié. Malgré quelques légers inconvénients, il présente d'indéniables atouts.

De quoi s'agit-il ?

Ce système de chauffage repose sur un réseau de tuyaux en serpentins reliés à une chaudière, à une pompe à chaleur ou à des capteurs solaires. Lors de la construction de l'habitation, ces serpentins sont directement incorporés

dans les murs. L'eau chaude fournie par le système de chauffage circule dans les tuyaux et transmet sa chaleur au mur par convection. La chaleur est ensuite diffusée par rayonnement dans l'ensemble de la pièce. Lors d'une construction, les tuyaux sont directement intégrés dans le mur. En cas d'une rénovation, les tuyaux sont fixés au mur ou intégrés à des panneaux muraux, puis recouverts. Connecté à une pompe à chaleur chaud/froid, ce système peut servir de chauffage en hiver et d'air conditionné écologique en été.

Quelques inconvénients...

Comme n'importe quel autre système de chauffage, le mur chauffant et/ou rafraîchissant présente quelques inconvénients. L'un des principaux inconvénients est la diminution de la surface de la pièce due à l'épaisseur supplémentaire du mur. Cette diminution n'est perceptible que dans le cadre d'une rénovation, car dans le cadre d'une construction, le système

DÉCOUVREZ VOTRE
FUTUR LOGEMENT NEUF
CHEZ **HEK·TAR**



LOUIS XIV
LUXEMBOURG - MERL

EN
CONSTRUCTION



ROOTS
ESCH / BELVAL

LIVRAISON PRÉVUE
2027



LEGACY
LEUDELANGE

NOUVEAU
PROJET



MAISONS D'ARCHITECTE
BERTRANGE

EN
LIVRAISON



UM MILLEWEE
CONTERN

LIVRAISON PRÉVUE
2027

VOUS
SOUHAITEZ
VENDRE ?

CONTACTEZ-NOUS POUR
L'EVALUATION GRATUITE
DE VOTRE BIEN IMMOBILIER.

HEK·TAR
BUREAU IMMOBILIER

15, rue Evy Friedrich LUXEMBOURG

27 85 80 40

Découvrez tous les projets neufs
disponibles sur hektar.lu



SPÉCIAL LIVING

est intégré aux murs d'origine sans empiéter sur la superficie de vie. Par ailleurs, il est plus difficile d'aménager un mur chauffant qu'un mur ou une paroi classique : il est plus délicat d'y fixer des étagères, des tableaux ou d'autres décorations, car il faut veiller à ne pas percer les tuyaux en serpentins. Il faut également surveiller l'aménagement de la pièce : placer un meuble massif devant un mur chauffant diminue l'efficacité du système, car il fait écran entre le système de chauffage et la pièce. Ceci n'est toutefois pas spécifique au mur chauffant : pour la même raison, il faut également éviter de placer un meuble devant un radiateur classique. Enfin, il faut prendre en compte que la montée en température prend un peu plus de temps qu'avec un système de chauffage standard.

... mais de nombreux avantages

À côté de ces quelques inconvénients, qui ne sont pas insurmontables, le chauffage mural présente de nombreux avantages majeurs. Sur le plan esthétique d'abord, il est rapide à poser et une fois installé, il devient invisible. Mais le principal atout pour la santé des occupants est le mode de diffusion de la chaleur, qui n'engendre pas de circulation d'air et limite ou supprime ainsi la dispersion des poussières et des acariens, qui peuvent provoquer ou aggraver certains problèmes respiratoires. Enfin, l'air est moins sec, ce qui diminue fortement les risques d'irritation oculaire, de problèmes respiratoires (asthme, fragilisation des voies respiratoires, etc.) et d'irritation des muqueuses.

Moins de consommation d'énergie, plus d'économies

Autre bonne nouvelle : le mur chauffant est moins cher que les radiateurs. Il permet également une diffusion homogène de la chaleur dans toute la pièce. Alors que les anciens radiateurs nécessitaient une eau à 90 °C et que les radiateurs actuels nécessitent une eau à 60 °C, un mur chauffant utilise de l'eau dont la température est généralement comprise entre 30 et 40 °C (voire 25 °C chez certains fournisseurs). On estime généralement que la consommation d'énergie est réduite de 10 à 25 % par rapport aux radiateurs (selon le type de radiateurs, l'isolation de la maison, etc.) et que le mur chauffant offre le même niveau de confort qu'un radiateur électrique, tout en étant réglé 3 °C plus bas (on estime qu'une température inférieure de 1 °C permet d'économiser en moyenne 7 % d'énergie). Moins de consommation d'énergie, donc plus d'économies financières, pour un confort souvent supérieur. Pas de doute : le mur chauffant a (quasiment) tout pour plaire !

RÉSIDENCES
TERRAINS / MAISONS
TERRAINS / MAISONS & RÉSIDENCES

ERPELDANGE/SÛRE
 BISSEN
 MOESDORF
 BERINGEN
 MERSCH
 JUNGLINSTER
 RECKANGE
 MERSCH
 KEHLEN
 OLM
 MAMER
 SPRINKANGE
 MONDERCANGE
 FRISANGE
 HELLANGE
 LUXEMBOURG
 SCHRASSIG
 OETRANGE
 TRINTANGE
 FILSDORF

CH **CREAHAUS** **OLMEDO**
LIEUX OÙ SE TROUVENT NOS NOUVEAUTÉS EN VENTE
 SI VOUS SOUHAITEZ PLUS D'INFORMATIONS CONTACTEZ-NOUS, OU DÉCOUVREZ PLUS DE DÉTAILS SUR WWW.CREAHAUS.LU

31 61 35 | WWW.CREAHAUS.LU | INFO@CREAHAUS.LU | L-8010 STRASSEN |

D'Schlässerei – Handwerk mit Charakter und Präzision

Aus einer kleinen Werkstatt in Berbourg ist in mehr als vier Jahrzehnten ein modernes Unternehmen entstanden, das heute zu den führenden Adressen im luxemburgischen Metallbau zählt. Gegründet 1983 als *Lang's Lights*, wurde daraus 2022 unter der Leitung von **Christian Cortina** und **Sven Kinnen** **D'Schlässerei** – ein Name, der für Qualität, Innovation und nachhaltige Lösungen steht.

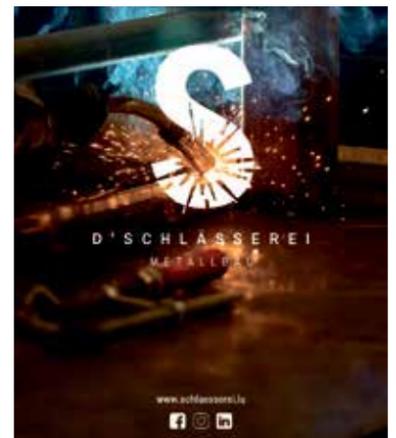
Rund 35 hochqualifizierte Fachkräfte planen und fertigen individuelle

Treppen, Geländer, Terrassen, Sicht- und Sonnenschutzsysteme, Blumenkübel, Möbel, Carports und vieles mehr. Jedes Stück ist ein Unikat, das Funktionalität und Design harmonisch vereint. Unterstützt wird das Team von modernster Technik – von der 3D-Konstruktion bis hin zu den Maschinen in der Werkstatt, wie etwa einer Wasser- und einer Laserschneidanlage oder einer Kantbank.

Zu den Kunden zählen sowohl Privatpersonen als auch Gemeinden,

öffentliche Verwaltungen, Industrie- und Handwerksbetriebe. Sie alle schätzen die Verlässlichkeit und das handwerkliche Know-how, mit dem jedes Projekt umgesetzt wird.

Integrität, Verantwortung und Engagement prägen das tägliche Arbeiten. Mit diesen Werten und dem Blick in die Zukunft bleibt D'Schlässerei ihrem Ziel treu: individuelle, innovative und langlebige Lösungen zu schaffen – und aus jeder Idee etwas Besonderes zu machen.



Äre Metallbau-Projet steet fir eis am Mëttelpunkt.

Mir hëllefen Iech Är Virstellungen ëmzesetzen.
 Kreativ - Hand gemaach - Héich qualitativ - Nohaltég.

Mir freeën eis op Är Ufro!

D'SCHLÄSSEREI
 METALLBAU

www.schlaesserei.lu



**Parce que
l'immobilier est
une question
de confiance**

ESTIMATION

VENTE

LOCATION

PROMOTION

CONSEIL FISCAL

ASSURANCES

DOSSIER BANCAIRE

Erpeldange-sur-Sûre



à pd 1.098.600 € (TVA 3%)

± 211-215 m²

- 4 maisons en bande**
- 3 à 5 chambres à coucher
- 2 salles de bains/douche
- Carport pour 2 voitures

Erpeldange-sur-Sûre



à pd 455.400 €

5,06-6,02 ares

- 5 terrains constructibles**
- SANS contrat de construction
- Pour maisons isolées ou jumelées

Erpeldange-sur-Sûre



à pd 857.114 € (TVA 3%)

± 134-215 m²

- 12 maisons jumelées/en bande**
- 3 à 5 chambres à coucher
- 1 à 2 salles de bains/douche
- Carport / Garage

Luxembourg-Weimershof



à pd 504.589 € (TVA 3%)

34-111 m²

- Résidence «BANYAN»
49 unités**
- 0 à 3 chambres à coucher
- Emplacements intérieurs
- Penthouse à 3 chambres

Erpeldange-sur-Sûre



à pd 341.427 € (TVA 3%)

52-162 m²

- Résidence «GOLDKNAPP»
28 unités**
- 1 à 3 chambres à coucher
- Emplacements intérieurs
- Penthouse à 3 chambres

Hostert/Niederanven



à pd 1.772.190 € (TVA 3%)

188-306 m²

- 2 Maisons bi-familiales «ST MARTIN»
4 unités**
- 3 chambres à coucher
- Emplacements intérieurs
- Profession libérales autorisée

INFOS & VENTE

B-IMMOBILIER | T +352 26 81 13 99 | diekirch@b-immobilier.lu | b-immobilier.lu



SPÉCIAL LIVING

2026 fera la part belle aux tons moins attendus



Les grandes tendances pour 2026 se dessinent déjà alors que l'année 2025 n'est pas encore terminée. Notamment en ce qui concerne les couleurs à afficher dans la maison...

Pour 2026, la tendance semble aller vers une décoration plus affirmée, un sens esthétique plus pointu et des couleurs moins conventionnelles. Pour certains experts en matière de décoration, ce nouveau millésime sera marqué par des tonalités plus intenses et un nuancier qui évoluera vers une palette de couleurs aussi joyeuse que lumineuse, où personne ne se privera de ses envies de couleurs et de beauté.

L'Ambre solaire : une couleur rétro et lumineuse

Que l'on ne s'y trompe pas : l'ambre solaire sera « la » couleur de l'année. Cette couleur lumineuse aux accents rétro a tout pour séduire. Moins attendu qu'un brun classique, il s'avère idéal pour sublimer l'une des matières phares du moment. Vintage par excellence, cette couleur met parfaitement en valeur la noblesse du bois et s'accorde avec presque toutes les teintes : vert nature, blanc pur, rouge, argent chromé, etc. Elle s'utilise en priorité sur des pièces d'ameublement fortes, notamment les chaises et les canapés, tout en conservant son affinité avec les meubles en chrome.

Toute la palette des tons de couleur rouge

S'il existe une couleur qui, en 2026, témoignera de l'engouement pour des tons plus intenses, c'est bien le rouge. Ou plutôt : les différents types de rouge. Ils ont indéniablement le vent en poupe

dans toutes les inspirations déco. Jouant à fond de leur côté théâtral, ils déroulent le tapis rouge d'une palette aux mille et une nuances : rouge cerise, rouge prune, rouge orangé, etc. côtoient désormais le traditionnel, sans oublier le rouge vinyle, le grenat ou le rouge orange brûlé. Utilisé en pointe pour souligner un espace délimité, le rouge joue avec force, mais aussi avec une indéniable subtilité, de sa palette particulièrement séduisante.

Bleu aqua : look rétro et tendance à la fois

Très largement inspiré par une tendance vintage assumée et maîtrisée, le bleu aqua tire l'essentiel de son panache d'un engouement pour des mondes et des univers artistiques forts, souvent plébiscités ces derniers mois. Il s'agit d'une nuance qui évolue vers un bleu turquoise, un bleu franc et joyeux, qui évoque les premières heures du XXI^e siècle. Pour certains décorateurs, ce bleu aqua, qui évoque une exposition de David Hockney à la Fondation Louis Vuitton à Paris, possède une sorte d'aura vintage empreinte de nostalgie, sans rien céder à une véritable élégance.

Vert de gris : tout en nuance

La couleur peut a priori surprendre, et pourtant ! Le vert de gris fait aussi son grand retour, et c'est tant mieux ! Avec son tempérament nuancé, il a tout pour plaire et s'accorde parfaitement avec les tendances de 2026. Ce vert « pas comme les autres » appartient à la famille des teintes travaillées, riches en pigments, très appréciées dans les pièces à vivre où la lumière naturelle est abondante.



DÉCOUVREZ TOUS NOS BIENS
EN VENTE SUR NOTRE SITE

WWW.ROMABAU.COM



ROMABAU

► BUILD FOR LIFE ◀



maisons massives
clés en main



résidences



poses de
carrelage



extension &
transformation



aménagement
extérieurs



rénovations



travaux de façade



rénovations
de salle de bain

6, Beelerstrooss
L-9991 Weiswampach

Tél.: 26.95.78.18
Fax: 26.95.78.28

info@romabau.com
www.romabau.com

EIFEL HAUS

WIR ERFÜLLEN WOHNTRÄUME
50 JAHRE BAUERFAHRUNG - STEIN AUF STEIN



DUDELANGE

RUE CARMES HEFFENISCH

- Einfamilienhaus
- Doppelgarage
- Lot 21 mit 4,81ar
- 4 Zimmer, ca. 220m²
- Schlüsselfertig inkl. Grundstück

ab 2.472.168€ TVA 3%



FRISANGE

AN DER AALUESCHT

- Einfamilienhaus inkl. Doppelgarage
- Lot 24 mit 4,62ar
- 3 Schlafzimmer, 2 Bäder, ca. 186m²
- Schlüsselfertig inkl. Grundstück

1.494.746€ TVA 3%



PEPPANGE

RUE DE CRAUTEM

- Einfamilienhäuser inkl. Garage
- Lot 1 mit 3,20ar & Lot 3 mit 4,02ar
- 3 bis 4 Zimmer, ca. 242m²
- Schlüsselfertig inkl. Grundstück

ab 1.199.500€ TVA 3%



FRISANGE

AN DER AALUESCHT

- 2 Doppelhaushälften inkl. Garage
- Lot 22 mit 3,31ar Lot 23 mit 3,15ar
- 4 Schlafzimmer, 2 Bäder, ca. 169m²
- Schlüsselfertig inkl. Grundstück

ab 1.133.825€ TVA 3%

BERTRANGE

RUE DES ROMAINS

- Freistehendes Einfamilienhaus inkl. Doppelgarage
- Lot 18 mit 4,82ar
- 4-5 Zimmer, 2 Bäder, ca. 242m²
- Wellnessbereich im Untergeschoss
- Schlüsselfertig inkl. Grundstück

2.973.000€ TVA 3%



SCHENGEN

WENGERTSWEE

- Einfamilienhaus inkl. Doppelgarage
- Lot 4 mit 5,58ar
- 5 Schlafzimmer, 3 Bäder, ca. 256m²
- Schlüsselfertig inkl. Grundstück

ab 1.480.000€ TVA 3%



MOMPACH

IEWESCHT STROOSS

- Einfamilienhäuser inkl. Garage
- Lot A mit 7,76ar, Lot B mit 5,44ar
- 4 Zimmer, ca. 170m²
- Schlüsselfertig inkl. Grundstück

ab 1.085.000€ TVA 3%



MANTERNACH

A FEESCHTESCH

- Einfamilienhäuser inkl. Garage
- Lot 12 mit 3,58ar, Lot 13 mit 3,91ar
- 4 Zimmer, ca. 227m²
- Schlüsselfertig inkl. Grundstück

ab 1.197.000€ TVA 3%



WEIMERSKIRCH

RUE DES SOURCES

- Renoviertes Einfamilienhaus
- Garage
- Grundstück 2,2ar
- 4 Zimmer, 2 Bäder, ca. 215m²
- Schlüsselfertig inkl. Grundstück

1.490.000€

ROHBAU FERTIG

SOFORT VERFÜGBAR!

40, route de Luxembourg
L-6450 Echternach
+352 26 72 77-0
info@eifel-haus.com

10, avenue de la Faiencerie
L-1510 Luxembourg
+352 48 51 77 -1
info@eifel-haus.com

HIER SCANNEN, UNSERE
IMMOBILIENANGEBOTE



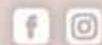
50
JAHRE
TEAMERFAHRUNG
★★★★★
IDEAL BAUEN
UND WOHNEN



galerie
moderne

AMEUBLEMENT

www.gmg.lu



10.000 m² SHOWROOM
KICHEN A MIWWEL

75 JOER
ZU LËTZEBUERG

Sécurité domestique : et si vos menuiseries étaient vos meilleures alliées ?



On n'y pense pas toujours, mais les portes, fenêtres et baies vitrées ne se limitent pas à apporter de la lumière ou du confort à une maison. Elles jouent un rôle majeur dans la sécurité du foyer. Bien choisies et correctement installées, elles constituent une véritable barrière protectrice contre les intrusions, les accidents ou encore certains risques du quotidien.

Metalica Home, spécialiste des menuiseries extérieures, livre ses

conseils pour transformer vos ouvertures en atouts de sécurité.

Des remparts contre les effractions

La première ligne de défense d'une habitation reste ses menuiseries. Une porte ou une fenêtre bien équipée suffit à décourager un cambrioleur. Serrures multipoints renforcées, vitrages feuilletés anti-effraction, poignées verrouillables... chaque détail compte. « L'objectif est simple : faire perdre du temps à l'intrus. Plus une tentative d'effraction est longue, plus le risque d'être repéré augmente », explique un expert de Metalica Home. La Police recommande d'ailleurs les menuiseries certifiées classe de résistance RC2, capables de tenir plusieurs minutes face à une tentative d'intrusion.

Prévenir les accidents domestiques avec les enfants

Une fenêtre mal sécurisée peut rapidement devenir un danger pour un enfant en bas âge. Les menuiseries modernes intègrent désormais des systèmes anti-fausse manœuvre et des dispositifs de verrouillage

partiel. De quoi apporter une tranquillité d'esprit supplémentaire dans les chambres ou aux étages.

Ralentir la propagation des flammes

Certaines portes et fenêtres sont spécialement conçues pour offrir une résistance accrue au feu. Les modèles coupe-feu ou pare-flammes retardent la propagation des flammes, offrant un temps précieux pour évacuer en cas d'incendie. Une protection particulièrement utile dans les habitations collectives ou à proximité de locaux techniques.

Vers des accès intelligents et connectés

La sécurité passe aussi par la technologie. Les nouvelles menuiseries intègrent des solutions de contrôle des accès : serrures connectées, badges, capteurs d'ouverture, ou encore vidéophones. Ces dispositifs permettent de gérer les entrées à distance, de fermer automatiquement les portes, mais aussi de recevoir des alertes en cas de tentative suspecte.

Quand confort rime avec sécurité

Une porte mal ajustée ou une fenêtre difficile à fermer ne laisse pas seulement passer les courants d'air. Elle peut aussi fragiliser la sécurité du logement. Des menuiseries bien posées et bien isolées protègent contre des intrusions, des nuisances sonores et des regards indiscrets. La sécurité, c'est aussi le confort et la discrétion.

Entretien pour durer

Même les menuiseries les plus performantes nécessitent un minimum d'entretien pour rester efficaces. Un contrôle visuel régulier, un graissage ponctuel des serrures et une vérification des joints suffisent souvent à prolonger leur durée de vie. Une serrure grippée ou un vitrage mal ajusté peuvent compromettre l'ensemble du dispositif de sécurité.

METALICA HOME - SHOWROOM

181, rue de Luxembourg
L-4222 ESCH/ALZETTE
Tél. +352 55 21 56 - 1
info@metalica.lu
www.metalica.lu



PVC



ALU



BOIS



**PORTES ET
FENÊTRES**
PVC | BOIS | ALU
**PROTECTIONS
SOLAIRES**
PERGOLAS

**VENEZ DÉCOUVRIR NOTRE SHOWROOM ET
PROFITEZ DES CONSEILS DE NOS PROFESSIONNELS !**



SHOWROOM

181, rue de Luxembourg - L-4222 ESCH/ALZETTE
Tel.: (+352) 55 21 56-1 | info@metalica.lu | www.metalica.lu



Nous vous accueillons
Lundi au vendredi, de 9:00-18:00 h
Samedi, 09:00-13:00 h
Ou sur rendez-vous : www.metalica.lu



Junglinster

**Appartements
1 à 3 chambres
60-135m²**

Intéressé(e) ?
Scannez le QR
et découvrez...



PREFALUX
HOME

Prefalux Home, développeur engagé pour un habitat durable, dévoile ses nouveaux projets en commercialisation.

À Blumenthal, Hettermillen et Junglinster, découvrez des maisons et appartements pensés pour la vie d'aujourd'hui : des logements prêts à accueillir leurs habitants grâce à l'offre Ready for Living. Finitions soignées, équipements complets, cadre de vie harmonieux —

«Tout est prêt pour emménager sereinement...»

Rendez-vous sur readyforliving.lu pour en savoir plus.



Blumenthal

**5 maisons
3 à 4 chambres
150-196m²**

Intéressé(e) ?
Scannez le QR
et découvrez...



Hettermillen

**3 maisons
3 à 5 chambres
173-205m²**

Intéressé(e) ?
Scannez le QR
et découvrez...



prefalux-home.lu

Fin de la douche à l'italienne, place à la douche avec porte



Pas de doute : la vogue de la douche à l'italienne a bel et bien fait son temps ! Elle est désormais remplacée par la baignoire qui retrouve des lettres de noblesse, ou par la douche... avec porte.

Pendant plusieurs années, la douche à l'italienne était un incontournable. Elle représentait alors le

summum du design et du confort. Elle a conquis le cœur des amateurs de déco minimaliste. Les bacs plats ont envahi les salles de bains du monde entier (ou presque). Outre le fait qu'elles consommaient moins d'eau, les douches à l'italienne étaient plus faciles à nettoyer que d'autres modèles, grâce à leur surface réduite et à l'absence de

porte, qui était d'ailleurs leur caractéristique principale. Cette facilité de nettoyage a séduit bien des personnes, et on les comprend. Par ailleurs, déclinées en diverses couleurs ou ornées de mosaïques, elles se sont prêtées à mille et une personnalisations. Les envies, comme les modes, évoluent, et 2026 marque un tournant. Un changement fatal pour la douche à l'italienne, qui se retrouve désormais reléguée aux oubliettes de la déco...

En beige et métal noir : le retour de la baignoire

Comme pour toutes les autres pièces de la maison, les tendances déco de la salle de bains évoluent d'année en année. Les équipements, les couleurs, les ambiances, les aménagements... changent, et 2026 ne fait pas exception à la règle.

Pour ce nouveau millésime, les baignoires font leur grand retour et reprennent la place que la douche à l'italienne leur avait arrachée. Une baignoire, oui, mais couplée à une douche, à condition que la superficie de la pièce et les contraintes techniques le permettent. Côté cou-

leurs, en dehors du blanc hyperclassique, l'indétrônable beige revient dans l'espace bain, avec toutefois de petites touches de métal noir bienvenues. Pour ceux qui redouteraient peut-être les tons clairs, le terracotta et le vert olive sont aussi de la partie.

La douche reste en vogue, mais avec une porte

N'avez-vous pas de place pour installer une baignoire ? Ou n'aimez-vous pas prendre un bain ? Pas de panique, vous n'êtes pas obligé de vous laver au lavabo pour autant. La douche reste en vogue. En tout cas, la douche... avec une porte.

Une sorte de retour aux sources, en quelque sorte... Si l'imagination est primordiale en choisissant le bac de douche, il n'en va pas de même pour la porte. Idéalement, selon les décorateurs en vogue, cette porte doit être aussi minimaliste que possible, voire sans encadrement. Elle doit donc être présente, mais aussi assurer une discrétion absolue. C'est le petit détail qui saute à l'œil dans la salle de bains tendance de 2026.



Olm
1.616.326€



Wecker
1.192.744€



Résidence DJOKO
Leudelange
535.172€ - 1.282.670€





Nospelt
1.188.878€



Leudelange
1.624.829€



Résidence RUMA
Helmsange
759.634€ - 1.306.170



Garnich
1.361.165€



Berg
1.130.528€



Consdorf
988.238€



Moutfort
1.123.002€



coming home
> 333 628-1
> wiesenpiront.lu



Handmade with passion

Aktion Bezugstoff inklusive.*
*bis zum 31.12.2025

Exklusive Potsternmöbel von BW Bielefelder Werkstätten

Herbst

Die gemütliche Jahreszeit beginnt.
Natürlich wohnen –
Ihr Plan. Unser Know-how.

marvillendesign.lu



«mat zwee 'L' a mat zwee 'P' zu Jonglënster an op **Phillipps.lu**»

Malerarbeiten | Fassadenarbeiten | Wärmedämmung | Trockenbauarbeiten | Bodenbelagsarbeiten | Elektroinstallationen
Licht- & Spanndecken | Photovoltaik | Schreinerarbeiten | Fenster, Türen & Tore | Gardinen & Sonnenschutz | Garten- & Landschaftsarbeiten

Showroom | 7, rue de Godbrange L-6118 Junglinster | T. 42 64 95-1 |  



Découvrez nos biens
prêts à vivre














T. (+352) **34 18 14 1** | accueil@thomas-piron.eu | www.thomas-piron.lu

Pourquoi choisir une télévision incurvée ?



Bien qu'encore peu présente dans nos salons, elle présente de nombreux avantages et atouts. Outre son design original, elle optimise l'expérience télévisuelle.

Les dernières innovations dans le domaine de la télévision sont l'avènement de l'ultra haute définition (4K) et l'apparition de téléviseurs incurvés. Ces derniers apportent-ils une réelle plus-value par rapport aux téléviseurs classiques ? La réponse est oui !

Un avantage esthétique

Même si cet argument n'est pas technique et un peu subjectif, il ne faut pas oublier qu'un téléviseur est destiné à trôner en permanence au milieu du salon. Or, ce n'est pas le plus bel objet de décoration qui existe.

Cependant, le design particulier des écrans incurvés est superbe, avec un côté futuriste qui n'est pas déplaisant. Le fait de s'éloigner

du design plat des écrans actuels apporte un style plus aérien, qui s'intègre facilement dans un intérieur moderne. Ce qui, selon une étude, plaît particulièrement au public féminin...

Distance de vision uniforme et effet panoramique

Assis face à un écran plat, vous êtes plus proche du centre de la télévision que de ses bords. Mais sur un écran incurvé, toute la surface

du téléviseur est positionnée à égale distance du téléspectateur, ce qui réduit la fatigue oculaire et augmente le confort de vision. De plus, cet écran incurvé fonctionne comme un écran de cinéma, qui n'est jamais plat afin de permettre à un maximum de spectateurs de bénéficier de la même qualité de vision, quelle que soit leur place. Les écrans incurvés reproduisent cet avantage, surtout les très grands écrans (supérieurs à 50 ou 55 pouces).

renovation.lu
Handwerk aus Lëtzebuerg

Schlësselfäerdeg,
ouni stress

20 JER
288 308
www.renovation.lu

R-Eco, le prêt validé par la nature.

Pour vos projets de rénovation écologique ou d'installation énergétique.

Panneaux solaires, pompe à chaleur, travaux d'isolation... Nous vous accompagnons dans vos projets visant à contribuer à un avenir plus durable. Rendez-vous sur www.raiffeisen.lu.







Ihr direkter Link zur Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Gut wohnen heißt: gut beraten sein.

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
info-lux@bhw.lu
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause